

höhung der Waffenteuern und der Steigerung der Preise durch die Zoll- und Kontingentierungspolitik. Die Wut unter den christlichen Arbeitern gegen diese schändliche Hungerpolitik kam auf einer Tagung der christlichen Gewerkschaften in Weiskalen zum Ausdruck. Ein christlicher Kollege sagte aus:

„Die Straflinge wird mehr aufbewahrt als für uns. Sechs Personen sind wir. Zum Leben bleibt nach Abzug der Miete noch täglich 20 Pfennig pro Person.“ Ein anderer Delegierter fragt: „Nun man unser Vegetieren noch Leben nennen? Wir wollen nur leben, menschenwürdig leben. Aber kann man das überhaupt noch? Wo ist da noch Gerechtigkeit?“ Wieder ein anderer Kollege erwidert: „Vollständiges Unrecht wird tagtäglich an uns begangen durch die Notverordnungen Papens, die uns das Letzte noch nimmt und uns vollends ruiniert. Brünning legte uns folgende Order auf. Vergänglich fragen wir uns, wofür diese Notverordnung, wofür diese Order?“

Die Frage des christlichen Kollegen, wofür diese Order gebracht werden, kann nur dahingehend beantwortet werden, daß auf Kosten der Arbeiter die kapitalistische Ordnung aufrechterhalten und den „leidenden“ Großgrundbesitzern und Industriellen ihre Mieseuroffizien gesichert werden sollen. Wir Kommunisten folgen den christlichen Arbeitern, daß auch Brünning, wenn er heute Reichskanzler wäre, diese Notverordnungen erlassen hätte. Die Politik der Papen-Regierung gegen die werktätigen Schichten ist nur möglich, weil auch Zentrumspartei und christliche Gewerkschaften jeden ernsthaften Kampf gegen Lohn- und Unterdrückungsabbau, gegen Mietwucher und Steuererhöhungen verhindern.

Dort wo wir Kommunisten regieren, in der Sowjetunion, gibt es keine Arbeitslosigkeit, keinen Lehnabbau und Faschismus; dort wird durch den gigantischen Aufbau des Sozialismus die Lebenslage aller werktätigen Schichten von Jahr zu Jahr verbessert. Und in einer deutschen Arbeiter- und Bauernrepublik werden wir Kommunisten, wenn wir zur Macht gelangt sind, Not und Elend beseitigen. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen! Zur Macht gelangt, wird die Arbeiterklasse mit eisernem proletarischem Wesen alle Ausbeuter, Arbeitervertreter, Sozialisten und Schieber hinwegfegen.

Auch die christlichen Arbeiter und Arbeiterfrauen, die genau so wie wir Hunger leiden, fordert die kommunistische Partei Deutschlands in ihrem Manifest zur Einheitsfrontaktion auf zum gemeinsamen Kampf gegen die Papen-Regierung und die Notverordnungen. Wir entnehmen aus dem Manifest folgenden Appell an die christlichen Arbeiter:

„Ihr seid gegen den Faschismus. Aber eure Führer, die Führer des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften, haben durch die Brünning Notverordnungen den Weg zur faschistischen Diktatur beschritten und treiben heute Koalitionschacher mit den Nazis! Christliche Gewerkschaftskollegen! Die christlichen Gewerkschaftsführer haben, genau wie die reformistischen Gewerkschaftsführer und vereint mit ihnen, jeden Kampf gegen Lohn- und Unterdrückungsabbau zu verhindern gesucht. Sie legen alles daran, um euren gemeinsamen Kampf in Einheitsfront mit euren Arbeitskollegen gegen Hunger und Not zu vereiteln.“

Die Arbeiterschaft hatte während der Regierungszeit Brünnings zu einem großen Teil seine arbeiterfeindliche Politik bereits erkannt. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die „herzlichen Entwürfe“ in Breslau und Dberischlesien, wo Brünning bei seiner Reise als Reichskanzler in den Abgeordneten mit Steinen und verfaulten Eiern begrüßt wurde. Und jetzt, wo Brünning als Wahlredner des Zentrums im Lande umherreist und heute abend in der Jahrhunderthalle spricht, stehen wir allen christlichen Arbeitern und Arbeiterfrauen zu:

Wir Kommunisten reichen euch die Bruderhand zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind, den Kapitalismus, für Arbeit, Brot und Freiheit. Der gemeinsame Hunger muß uns in der roten Einheitsfront zusammenschmelzen, damit der revolutionäre Ausweg, den die kommunistische Partei weist, beschritten werden kann. Auch ihr müßt am 6. November für die Liste der Kommunisten stimmen, weil ihr nur damit zum Ausdruck bringt, daß auch ihr bereit seid, mit den Waffen des außerparlamentarischen Massenkampfes zu kämpfen.

Das arbeitende Volk Deutschlands kann nicht Zentrum wählen! Denn nach der Wahl werden die Zentrumsführer die Lebensinteressen der arbeitenden Massen im Wechsel mit den Interessen der Ausbeuterklasse verteidigen!

Brünning, Haas, Jurek, Stegerwald und andere Zentrumsführer erklären ganz offen, daß das Zentrum nach der Wahl abermals verfallen wird, eine Koalition mit den nationalsozialistischen Unternehmern zu schließen zu bringen. Inzwischen haben die Zentrumsführer hinter den Kulissen bereits die Karten angeordnet, um mit dem Kabinett Papen nach der Wahl zu einer Koalition zu kommen. Sie sind bereit zu einem „Kompromiß“ in der Verfassungskommission zu gehen, den Interessen der christlichen Gewerkschaften zur Unterstützung des Papenschen Wirtschaftsprogramms, zur Bekämpfung der Streikbewegung einzugehen; sie hoffen, daß sie sich durch eine Koalition mit Hitler und Hugenberg wieder in die Regierung einschleimen können. Wer Zentrum wählt, der hilft dem Kapitalismus und Faschismus, der hilft den Papen und Hitler!

Streik im Arbeitsdienstlager unter Führung des KPD.

Hamburg, 1. November. (Ein. Trahtbericht.) Seit Sonntag befinden sich in dem von der Autokratie Zwangsverpflichtung erlassenen Arbeitsdienstlager auf Inseln am 12. Bauwerke, darunter auch einer vom Arbeiterkammer organisierten Streik. Mehr als 1000 arbeitsfähige Arbeiter haben unter Führung des kommunistischen Jugendkomitees am Streik teilgenommen. Die Autokratie Zwangsverpflichtung unter Führung des Reiches des Arbeitsdienstes, Sozialdemokraten, Sozialisten, sollte die meiste sein. Entschuldigend über den Streik, die durch den Streik 1. bis 15. März betrug, abgelehnt. Die Streik wurde bereits vor einigen Wochen am 3. März geführt. Unter Hinweis auf eine Anweisung der Papen-Regierung sollte eine Entschuldigend insoweit nur nach Ablauf 30 Tage für die Jungarbeiter abgelehnt.

Die Kernpunkte des Streikprogramms sind:
- Kostenlose Verpflegung,
- volle Erwerbslojen- und Wohlfahrtsunterstützung,
- Schaffung von Erwerbslojenheimen.
Eine Verammlung der Streikenden wählte einen Kampfkomitee. Der Kampf wird ausschließlich unter Führung des KPD, der auch festgestellt, daß die Reichsbannerpartei Absätze ebenfalls in den Kampf trat.

Begeisterte Pied-Kundgebungen im Waldenburger Hungerland

Waldenburg, 3. November. Die gestern stattgefundenen Kundgebungen, in denen der Genosse Wilhelm Pied, der Generalsekretär der kommunistischen Partei und Kampfgefährte Karl Liebknecht und Rosa Luxemburgs, sprach, gipfelten sich zu einem großen Ereignis für die Waldenburger Arbeiterschaft. Schon lange vor Beginn waren die beiden Säle in Waldenburg und Dittersbach überfüllt, so daß ein dritter Saal in Ober-Waldenburg genommen werden mußte. Der Vertreter des bolschewistischen Zentralkomitees der kommunistischen Partei, Genosse Wilhelm Pied, wurde schon auf dem Bahnhof in Altwasser von hunderten Arbeitern mit „Rot Front“ empfangen. Unter begeisterten Jubel überbrachte der Genosse Pied den Werktätigen im Waldenburger Hungerland die Kampfesprüche des Zentralkomitees der KPD, und insbesondere des Genossen Thälmann.

Am „Erdbeerhaus“ in Waldenburg wurde der Genosse Pied von den Delegierten der Bergbauarbeiter Bauerschäfer, des Bergarbeiterbundes Gottesberg, den Bergarbeiterfrauen von Hermsdorf und der Jungarbeiter aus den Arbeitsdienstlagern, besonders von Kuzendorf, begrüßt. Unter großem Beifall erklärte ein Mitglied der sozialistischen Arbeiterjugend im Namen der oppositionellen SAJ-Mitglieder die Bereitschaft zum gemeinsamen Kampf mit den Jungkommunisten und gelobten, als rote Wahlhelfer für die Liste 3 tätig zu sein.

Am „Förderhaus“ in Dittersbach erwiderten Vertreter der Bergarbeiter aus der Melchiorgrube, der Tagelöhner von Landeshut, der Erwerbslosen und des Kampfbundes die Grüße

des Genossen Pied und gelobten, ihre ganze Kraft für den gemeinsamen Kampf aller Hungernden des Waldenburger Reviers einzusetzen.

Das Auftreten des Genossen Wilhelm Pied vor den 2500 Waldenburger Arbeitern, Frauen und Jugendlichen, vor den besonders zahlreich anwesenden SPD-Arbeitern und Kleingewerbetreibenden gestaltete sich zu einem imposanten Auftakt des gemeinsamen Kampfes gegen die Verelendung der Arbeitermassen und aller Werktätigen gegen die faschistische Diktatur, für den Sieg der Liste 3 am 6. November. Unter hartem Beifall der Anwesenden rechnete Genosse Pied gründlich mit der Sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaftsbürokratie ab, die durch ihre Unterwerfung unter die faschistische Diktatur am 20. Juli erneut bewiesen hat, daß sie die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterklasse darstellt. In aller Schärfe geißelte er die Nazis, die Papen in die Regierung verhalfen, und die Maßnahmen der Papen-Schleicher-Regierung, die versucht, auf Kosten der Werktätigen den verfaulenden Kapitalismus am Leben zu erhalten.

Die 2500 anwesenden Werktätigen legten das Kampfgelöbnis ab, ihre ganze Kraft einzusetzen für die Herstellung der Einheitsfront im Waldenburger Revier, die allein siegen wird über die Lohnräuber und die Streikverräter, die nicht nur Tagesforderungen erkämpfen wird, sondern darüber hinaus eine Arbeiter- und Bauernrepublik. Diese Einheitsfront werden die Werktätigen am 6. November demonstrieren, indem sie ihre Stimme der Liste 3, den Kommunisten, geben. (Ausführlicher Bericht folgt morgen.)

Acht Mitglieder der KPD.-Liebau finden ihren Weg zur Partei Lenins zurück

Liebau, 1. November. In der zweiten Hälfte des Monats Oktober wurde hier ein Generalappell aller proletarischen Organisationen abgehalten. An diesem Generalappell haben auch Mitglieder der KPD. teilgenommen. Die KPD.-Führung hatte aus Breslau die Bezirksleiterin der KPD. Thamm aus Breslau mit dem Auftrag nach hier entsandt, um zu verhindern, daß Mitglieder der KPD. ihren Weg zur Partei Lenins zurückfinden. Trotz der von der Bezirksleiterin Thamm aufgestellten läugerischen Behauptungen, daß die KPD. nicht gewillt sei, die Einheitsfront auf der breiten Grundlage herzustellen, haben selbst KPD.-Arbeiter ganz offen erklärt, daß nur die KPD. die Führerin des Proletariats sei. Der Genosse Springer von der KPD. sprach sich scharf gegen die Politik der KPD.-Führer aus und erklärte, daß diese Politik nichts mehr zu tun habe mit der Interessenvertretung der Arbeiter. Er führte weiter aus, daß er erkannt habe, daß diese Politik falsch sei und forderte alle Arbeiter der KPD. auf, seinem Schritt zu folgen und zu erkennen, daß es ein Fehler war, sich von der Partei des Proletariats zu lösen. Zur Frage der Einheitsfront erklärte er: „Es wäre ein Verbrechen an der Arbeiterschaft, wenn man in den Einheitsfrontorganen zuließe, daß jeder Querschnitt seine verrückte Meinung ungehindert vertreten könne. Das würde nur die revolutionäre Schlagkraft hindern; nur die KPD. sei berechtigt, sich Führerin des Proletariats zu nennen, weil sie in all den Jahren den Beweis hierfür geliefert habe.“ In demselben Sinne sprach sich der Genosse Schumann von der KPD. aus.

Es haben sich außer den Genossen Springer und Schumann mehrere KPD.-Genossen für die Wiedereintritt in die KPD. ausgesprochen.

In der nachstehenden Erklärung, die von den acht Genossen unterzeichnet wurde, kommt zum vollen Ausdruck, daß einzig und allein die kommunistische Partei die Führerin des Proletariats im Kampfe um seine Befreiung ist.

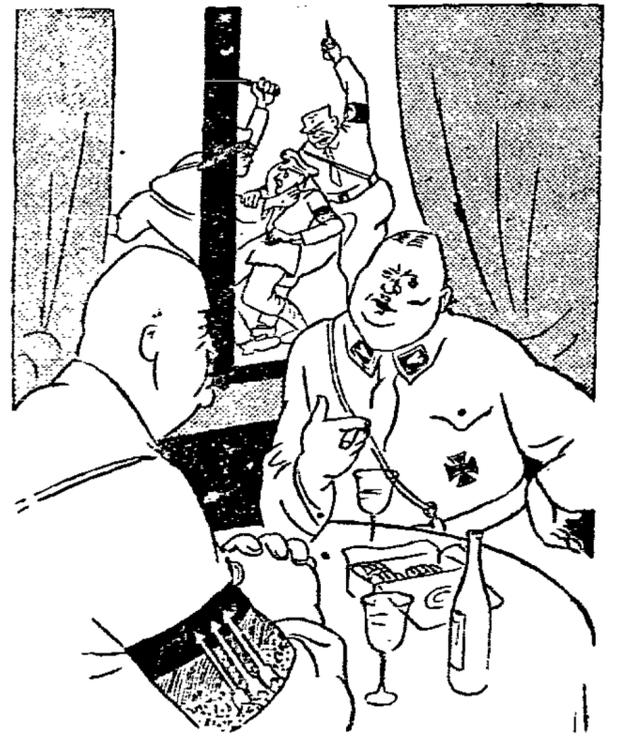
Erklärung!
Unterzeichnete Genossen der KPD.-Ortsgruppe Liebau geben durch ihre Unterschrift die Erklärung ab, daß sie ihren oppositionellen Standpunkt, den sie gegen die kommunistische Partei eingenommen haben, als einen schweren politischen Fehler anerkennen, und daß sie zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß die Politik der KPD. eine falsche ist und nicht dazu angetan, die Arbeiterschaft gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus in den Kampf zu führen.

Sie erkennen, daß nur einzig und allein die KPD. die Führerin des deutschen Proletariats sein kann, und daß die Beschlüsse des 6. Weltkongresses der Komintern, des Wedding Parteitag der KPD. und die Beschlüsse des 11. und 12. Ekki-Plenums sowie die Beschlüsse der Plenar-Zentrale der KPD. vom Februar 1932 dazu angetan sind, in klarer bolschewistischer Front den Kampf für die Befreiung der deutschen und der gesamten internationalen Arbeiterklasse zu führen.

Wir erklären, daß wir auf Grund dieser Erkenntnis bereit sind, auf der Grundlage dieser Beschlüsse innerhalb der kommunistischen Partei als aktive Kämpfer zu arbeiten und beantragen bei der Bezirksleitung der KPD. Schlesien die Wiederaufnahme in die kommunistische Partei.

Alois Springer, Oswald Kinder, Ehrenfried Kinder, Josef Schwarzer, Hermann Hämel, Erich Blumberg, Karl Lengfeld, Anton Tazler.

Nicht Liste 1, nicht Liste 2, 3 gewählt wird nur die Liste 3



Draußen fließt Arbeiterblut — drinnen verhandeln Mayr und Röhm

Steigerung der Lebensmittelpreise

Berlin, 3. November. (Ein. Trahtbericht.) Das Reichskabinett hat gestern grundsätzlich die Erklärung auf autonome Kontingentierung beschließen. Wenn diese Kontingentierung durchgeführt wird, wird eine weitere scharfe Vertenerung der Lebensmittel die Folge sein.

Von der Solidaritätsfront

In einer Erwerbslojenversammlung in Rath.-Hennersdorf wurde im Rahmen des Solidaritätswerts der Arbeiterschaft ein überparteilicher Solidaritätsausschuß bestehend aus 3 KPD.-Mitgliedern, 4 Parteilojen, 2 SPD.-Arbeitsern und 2 Nazi-Arbeitern gewählt. Der gewählte Solidaritätsausschuß hat sofort mit der Einleitung der Winterhilfskampagne begonnen. In einem namentlich gezeichneten Solidaritätsaufruf, in dem der Korruptionschwindel der bürgerlichen „Winterhilfe“ aufgezeigt wurde, appelliert er an die Solidarität der Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden. Der Kreis Lauban hat im besonderen während der Kinderhilfskampagne bewiesen, daß in weitesten Schichten der Werktätigen der Solidaritätsgedanke wach ist. Es kommt jetzt darauf an, den vorbandenen Solidaritätswillen zu steigern und in praktische Solidaritätsmaßnahmen umzuwandeln.

Keinen Pfennig der bürgerlichen „Winterhilfe“! Schafft das Solidaritätswert der Arbeiterschaft im Kampf gegen Lohn- und Unterdrückungsraub, gegen Sozialreaktion und Faschismus. Dient daran: „Eine Armee, die hungrig ist, kann nicht siegen!“ Schafft in dieser Erkenntnis in jedem Ort, in jedem Betrieb, auf jedem Gul, auf allen Stempelstellen Solidaritätsausschüsse! Gebt der Verbundenheit aller Werktätigen Ausdruck in eurem Bekenntnis zur Massen-solidarität, demonstriert euren Solidaritätswillen durch die Stimmabgabe für die Liste 3!

Wahlmüdigkeit hilft dem Faschismus!

Rüttelt die Zweifelnden und Enttäuschten auf. Diskutiert unermüdet und geduldig mit dem SPD.- und Nazi-Arbeiter. Gebt ihnen unser Aufklärungsmaterial. Keine Agitation ohne unsere Wahlbroschüren.

Alles für die Liste 3

Reformistische Gewerkschaftspolitiker ermöglichen Lohnraub

10 Prozent Lohnraub bei Wihard AG., Weberei, Liebau — Die Belegschaft schaltete am Montag die Maschinen nicht ein — Jetzt Schluß mit der Bankrott-Politik der Gewerkschaftsbürokratie!

(Betriebsarbeiterkorrespondenz)

Liebau. In der Firma Wihard AG., Weberei, sind heute noch 93 Arbeiter und Arbeiterinnen, gegen früher 700, beschäftigt. Die Firma stellte jetzt acht neue Arbeitskräfte ein und gab am Sonntag durch Anschlag bekannt, daß ab Montag der Lohn um 10 Prozent gekürzt werde. Von vornherein war von dem reformistisch-reformistischen Betriebsrat damit zu rechnen, daß diesen Lohnraub bedingungslos hinnehmen, ohne die Belegschaft zum Widerstand aufzurufen. Aus diesem Grunde trat am Montag früh sofort die AGD. in Aktion.

Der Erfolg lebhafter Diskussionen vor dem Betrieb mit den zur Arbeit kommenden Arbeiterinnen und Arbeitern war, daß diese die Aufnahme der Arbeit ablehnten und eine sofortige Belegschaftsversammlung forderten.

In dieser Versammlung wurde die Belegschaft getreu der reformistischen Gewerkschaftspolitik eingeschüchelt. In Anwesenheit des Betriebsleiters wagten es nur einige revolutionäre Arbeiter, aufzuzeigen, was hier das Gebot der Stunde ist. Der Betriebsleiter erklärte, daß er nur noch zwei Neue einstellen brauche, um nochmals 10 Prozent zu kürzen. Trotz dieser Drohung entschieden sich bei der Abstimmung 27 Arbeiterinnen und Arbeiter für und 28 gegen die bedingungslose Annahme der Arbeit. Ein Teil der Belegschaft, so z. B. die Arbeiter der Mangel, waren in der Versammlung nicht anwesend.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition nahm sofort nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses und Arbeitsaufnahme in einem Flugblatt scharf gegen den Lohnraub Stellung und forderte zu einer erneuten Belegschaftsversammlung im Volkshaus auf. Die Arbeiter der zweiten Schicht konnten für diese Versammlung nicht mobil gemacht werden. So waren in der Versammlung nur 25 Personen, zum größten Teil Arbeiterinnen, anwesend. Ein revolutionärer Gewerkschaftler zeigte die Ursachen und Methoden des jetzigen Lohnraubes auf und gestellte scharf

die erbärmliche Haltung der Gewerkschaftsbürokratie, die sich nicht im geringsten um die von dem Lohnraub betroffene Belegschaft kümmerte.

Die versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen waren sich einig in der entschiedenen Ablehnung dieses brutalen Lohnraubes. Sie werden die positiven Vorschläge, die nach unter Führung der Reformisten und Christen stehen, davon überzeugen, daß der Profitgier des Unternehmers die eigene Wille der Belegschaft entgegengestellt werden muß. Der durchgeführte Lohnraub muß alle Kolleginnen und Kollegen zu einer einheitlichen Abwehrfront zusammenschließen. Gegen Lohn-

Nachtschicht-Zuschlag bei Meyer Kauffmann abgebaut

(Arbeiterkorrespondenz)

Wistegiersdorf. Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Meyer-Kauffmann-Belegschaft, hatten erst vor einigen Wochen einen Kampf geführt gegen den 4,3prozentigen Lohnraub. Die Belegschaft war zum Teil gewillt, mit der Waffe des Streiks diese Lohnkürzung abzuwehren. Die Gewerkschaftsführer verstanden es durch Verhandlungen mit der Direktion und Schwindelmeldungen über den Streit in Langenbielau, den Kampfwillen der Arbeiter in einzelnen Abteilungen vorübergehend zu schwächen. Die Belegschaft ging mit einem halbprozentigen Lohnraub ohne weiteren Widerstand an die Arbeit. Die Streikabwitzer wollten das als ihren Erfolg buchen.

In Wirklichkeit war es die Angst des Unternehmers vor der Streikbereitschaft der Belegschaft, nicht nur in Wistegiersdorf, sondern auch in Langenbielau und Kengersdorf.

raub und Papen-Niederordnung stimmen die Textilarbeiter und Arbeiterinnen, indem sie am 6. November Liste 3, Kommunisten, wählen. Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Richard! Vorwärts zum Kampf gegen jeden Pfennig Lohnraub. Hinter euch stehen in Solidarität eure Klassenkassen von der Stempelstelle. Euer Kampf ist ihr Kampf. Unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition wird es gelingen, die Lohnräuber in die Knie zu zwingen.

Jungarbeiter, Arbeitermädels von Glogau!

Heraus zur öffentlichen Jugendversammlung am Freitag, dem 4. November, abends 8 Uhr, in der „Borkstadtbrauerei“.

Es spricht Genosse Bok, Witzl, Berlin, Mitglied des Z.N. des K.P.D.

Thema: „Der Kampf der werktätigen Jugend gegen Papens Wirtschaftsprüfung — Für die Arbeiter- und Bauern-Republik!“

Es treten die „Roten Hebeln“ mit neuem Programm auf. Mitwirkung der Arbeiter-Musikvereinigung. Eintritt 10 Pf.

Massendemonstration gegen Ermittlung eines Erwerbslosen

Die Greiffenberger Arbeiterchaft auf der Straße — Starker Polizeieinsatz, um eine Ermittlung durchzuführen — Arbeitermassen rufen zum Kampf gegen Ermittlungen und Papen-Schleicher, für die Wahl der Liste 3

(Arbeiterkorrespondenz)

Greiffenberg. Die Herrscher in Greiffenberg wollten ein Beispiel statuieren. Doch sie haben sich verrechnet. Die Arbeiterchaft stand auf dem Boden. Am Montag war die Straße schon am frühen Morgen besetzt, in welcher die Ermittlung des Genossen Reither vor sich gehen sollte. Der jedem bekannte Ausbeuter, Fabrikbesitzer Finckler als Hauswirt, wollte den betreffenden Genossen unter allen Umständen auf die Straße setzen. Dem Genossen war es unerschütterlich, die Miete zu bezahlen. Das beweist die Tatsache, daß er gegenüber einer Miete von 31,15 Mark eine monatliche Wohnfabrikmiete von 31 Mark bekommt. Dem Hauswirt und Fabrikbesitzer war es nicht um die Miete zu tun, sondern um die Mache gegen die Kommunisten, die den Betriebsarbeitern der Firma Wintler tatkräftig zur Seite stehen. In diesem Zweck zahlt der Fabrikbesitzer noch Geld hinzu. Er leistet 50 Mark Vorschuß, damit die Behörde die Grundsteuer des ganzen Kreises Löwenberg sowie ein hartes Überfallkommando aus Görlitz zur Räumung herbeiführen konnte. Auf Grund dieser außerordentlichen Verärgerung fühlte sich die hiesige Kommunalpolizei sowie der Bürgermeister besonders stark. Der Lebtote nannte wogte es, in einer Verhandlung mit Erwerbslosen zu sagen:

„Ich lasse mich nicht unter Druck setzen, und wenn ganz Greiffenberg auf dem Kopf steht. Wenn 1000 Mann dastehen, und eine Abordnung verlangt die Zurückziehung der Polizei, dann bekommt diese von mir den Befehl, die Leute auseinander zu jagen.“

Über das, was dann geschehen würde, entscheidet die Zukunft. Nachdem die ganze Verärgerung eingetroffen war, ging man zur Räumung der Wohnung über. Trotz des schlechten Wetters waren große Massen Erwerbsloser auf der Straße und betrubeten durch ihre Anwesenheit ihre Solidarität. Die Firma Reith ließ es sich nicht nehmen, mit Hilfe von Schiller, Schuch, Roth und Kessel den Erwerbslosen auf die Straße zu setzen. Grätscher und Welt wurden aus dem Wintler-Betrieb abkommandiert. Dem SPD-Betriebsrat in diesem Betrieb fiel es in keiner Weise ein, die Belegschaft zur Solidarität aufzurufen. Alle jene, die bei der Ermittlung halfen, wurden von den empörten Massen, die auf der Straße standen, nicht gerade sanft empfangen und behandelt. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor. Es hagelte nur so von „Pfi!“-Rufen gegen die Räumungsbedeuten von Seiten der Massen.

Spontane bewegten sich die Arbeitermassen durch die Straßen der Stadt. Es wurden „Nieder!“-Rufe gegen die Zwangsverhaftungen, gegen die Papen-Regierung und den Kapitalismus ausgebracht. Zahlreiche Sprechhöre forderten die Werktätigen auf, am 6. November Liste 3 zu wählen. Die Polizei ging in aller Schärfe vor, um die Straße zu räumen. Wir rufen der gesamten Greiffenberger Bevölkerung zu: Zieht aus diesen Vorgängen die Lehre! Kämpft gemeinsam für eine Arbeiter- und Bauern-Republik! Wählt am 6. November Liste 3!

Nazis rauben Invalidenrentnerin die Unterstützung

(Arbeiterkorrespondenz)

Magdori. In einer Gemeindefürsorge der Gemeinde Kienbori gaben die Nazivertreter Grische und Kehler ihre Zustimmung für den Abbau des 30prozentigen Zuschlags, den die Gemeinde der Invalidenrentnerin, Wirtin beim Alterrentner Lahte, geben mußte. Der Frau, die einen kümmerlichen Fuß hat, wurde darauf die Rente von 25 Mark auf monatlich 15 Mark gekürzt. So treten die Nationalsozialisten für die Interessen der Rentenempfänger, für die Interessen der armen Bevölkerung ein. Das sind die Verbote des Dritten Reichs. Die bisherigen Anhänger der Nazis können daran erkennen, daß

das Dritte Reich nur noch mehr Hunger und Elend und blutige Unterdrückung

bedeutet. Am 6. November demonstrieren alle Werktätigen ihren Kampfwillen gegen das schändliche Dritte Reich, gegen die Kapitaldiktatur, für die Arbeiter- und Bauernrepublik, indem sie der Liste 3, Kommunisten, ihre Stimme geben.

Tod im Schacht

Waldenburg. In der Glückhillsfriedensgrube wurde während der Arbeitszeit der 23jährige Lehrhauer Ernst Knoblich aus Felschamer verschüttet. Er starb kurz nach seiner Bergung aus dem Schacht. Dieser Unfall ist auch eine Folge der von uns so oft angepöbelten Antreiberei. Angeichts des toten Kameraden rufen wir erneut die Kumpels zum gemeinsamen Kampf um die Grubensicherheit — gegen die unerhörten Antreibermethoden auf.

Werner Brodde spricht in Liegnitz

am Freitag, dem 4. November, 20 Uhr, im Großen Wintergarten. Große Wahlkundgebung der K.P.D. Eintritt 20 Pfennig, Erwerbssche 10 Pfennig.

Werktätige, kämpft mit der Roten Hilfe!

1 Jahr Zuchthaus, 8 Monate Gefängnis für zwei Görlitzer antifaschistische Arbeiter

Görlitz. Am vergangenen Freitag fand vor dem Strafgericht die Berufsungsverhandlung gegen die wegen Landfriedensbruch zu einem Jahr Zuchthaus und 8 Monaten Gefängnis verurteilten Genossen Kundt und Biela statt.

In der Verhandlung kam noch einmal der Zusammenstoß vom 15. Juli zur Verhandlung. Die Genossen Kundt und Biela wurden damals in aller Frühe aus dem Bett heraus verhaftet und als die beiden Hauptantifaschisten bezeichnet. Zu Beginn der Berufsungsverhandlung erklärte Landgerichtsdirektor Groß, gegen jede Bewegungen seitens der Zuhörer und gegen politische Bemerkungen der Angeklagten Ordnungstrafen zu verhängen. In dieser Verhandlung wurden wieder 14 Belastungszugungen, darunter allein sechs Polizeibeamte aufgeführt. Selbst die Polizeibeamten konnten nicht mit Bestimmtheit erklären, daß der Genosse K. bei dem Zusammenstoß im Parteihaus zugegen war. Einer der Beamten sagte jedoch aus, er habe im Stadthallengarten gesprochen. Dem widerspricht die Aussage des Polizeikommissars, der aus sagte, daß er zwar sprechen wollte, aber nach dem Verbot sofort vom Stuhl herabgestiegen sei. Nicht weniger brachten eine Reihe Beweismaterial über die Passivität der Angeklagten gegen die Genossen Biela und Kundt.

Trotzdem in der Berufsungsverhandlung keinerlei Beweise zur Aufrechterhaltung der Anklage auf Landfriedensbruch vorgebracht werden konnten, kam das Gericht zu dem Urteil, die von erster Instanz verhängten Strafen von einem Jahr Zuchthaus gegen den Genossen Kundt und 8 Monaten Gefängnis gegen den Genossen Biela zu bestätigen.

Weshalb soar mit der Bemerkung, diese Strafe sei noch viel zu

niedrig, sie müsse noch höher sein, um Massenunruhen zu unterbinden.

Massenaktionen sind nach Ansicht des Landgerichtsdirektors Groß das gefährlichste, was es für den Staat gibt.

Die Werktätigen werden dieses ungeheure Klassenurteil zum Anlaß nehmen, um mit der Roten Hilfe den Kampf gegen die Klassenjustiz für die Befreiung der proletarischen Gefangenen zu verstärken.

Am 6. November stimmen alle Werktätigen als Protest gegen die Klassenjustiz für die Kommunisten, Liste 3.

Wir die Sieger von morgen...

In den nächsten Tagen finden die letzten großen Kundgebungen der K.P.D. zu den Reichstagswahlen statt. Das Bild aller Städte und Dörfer muß von den Kommunisten, von den Siegern vor morgen, beherrscht werden. Macht überall mobil für unsere Versammlungen! Rote Fahnen heraus!

Der Führer der K.P.D. Schlesiens, Genosse Sandtner

spricht am Freitag, dem 4. November, abends 8 Uhr, in Bunzlau im „Volkshaus“.

Genosse Neddermeyer spricht in Glogau

am Sonnabend, dem 5. November, nachmittags um 3 Uhr, im „Schützenhaus“.

Die Ortsgruppen Ohlau, Strehlen, Girsberg, Liegnitz, Grünberg müssen sofort den Saal und die Zeit ihrer Abchlusskundgebung melden, damit in der „A.R.“ auch diese Abschlussversammlungen angekündigt werden können.



Wir sind stolz darauf unseren Kunden **die besten** Branntwein- u. Getreidekornmarken In Breslau verkaufen zu können!

Fache-Branntwein-Marken: Fache-Getreidekorn-Marken:

- Feiner Breslauer** vollwertig durch Verwendung von Roggenkorn 25% Ltr.-Fl. 1.50
- Feiner alter Breslauer** der mitberühmte Breslauer mit Getreidekorn 25% Ltr.-Fl. 1.60
- Fache Edelmarke** mild, aromatisch durch Destillat und Roggenkorn 29% Ltr.-Fl. 1.80
- Fache Kren** die fahrende Qualitätsmarke, rassist, gehaltvoll durch Weizenkorn 32% Ltr.-Fl. 2.—
- Fache Exquisit** pikant, mit durchdringendem Getreidegeschmack 36% Ltr.-Fl. 2.40
- Fache Weizenkorn** der berühmte alte Breslauer Korn, unser Stolz 37% Ltr.-Fl. 2.30
- Fache Roggenkorn** die Elite-Qualität 37% Ltr.-Fl. 2.30
- Fache Getreidekorn** unsere Standardmarke, etwas ganz Aus. (lesen!) 37% Ltr.-Fl. 2.70
- Jagdkorn** (Doppelkorn), vollaromatisch, rassist, ebenbürtigen führenden Marken, Kontinents, 42%, 0.8 Ltr. in Original-Steinkrügen 2.60

Einfacher Branntwein ohne Getreidekorn wird von uns nicht hergestellt; wir stellen nur Qualitätsmarken her.

Werttätige Jugend entscheide!

Drei Jungarbeiterinnen erheben Anklage gegen das kapitalistische System — Das sozialistische Sowjetrußland der Arbeiter und Bauern brachte Erfüllung aller Jugendforderungen, eine glückliche und freie Zukunft

Sechzehnjährige muß den fünf jüngeren Geschwistern die Mutter erleben

Breslau. Ein sechzehnjähriges Mädchen, der Vater Notstandsarbeiter, die Mutter gestorben, schreibt uns: Ich habe fünf jüngere Geschwister. Als Älteste führe ich den Haushalt. Ich bin aber wegen meines Alters noch berufsschulpflichtig. Das jüngste Kind erkrankte vor kurzer Zeit sehr schwer und lag in hohem Fieber. Trotzdem zwang man mich, die Schule zu besuchen, und zwar sieben Stunden lang! Die Lehrerin brachte es fertig, einen Polizeibeamten nach mir zu schicken!

Auf der Landstraße . . .

Neusalz a. d. C. Auf dem Wege zwischen Neusalz und Deuthen a. d. Oder kommt ein ungefähr sechzehnjähriges Mädchen, ausgehungert und ausgemergelt, daher. Sie erweckt das Mitleid einiger Passanten, und auf deren Fragen hin erzählt sie: „Das Arbeitsamt Grünberg, Nebenstelle Neusalz a. d. O., hat mich zu einem Landwirt nach Nehlau, Kreis Grünberg, vermittelt, und wenn ich da keine Arbeit erhalte, soll ich nach Groß Borau gehen, um dort bei einem Landwirt vorzubrechen. Der Beamte in Neusalz sagte mir, daß nach den beiden Orten keine Eisenbahnverbindung besteht; höhnisch fuhr er fort: „Und da ich Sie nicht mit dem Auto hinführen kann, werden Sie wohl zu Fuß gehen müssen.“ Das sind 20 Kilometer!!!

Im Laufe des Gesprächs stellte sich dann weiter heraus, daß das Mädchen ein Kriegsbeschädigter aus Ullersdorf, Kreis Sorau, ist.

Der auf Grund der dauernden Rentenlückung nicht mehr in der Lage ist, ihren Unterhalt zu bestreiten.

Man stelle sich einmal diese Gemeinheit vor: Obwohl eine mittelbare Eisenbahnverbindung besteht, heßt das Arbeitsamt dieses Proletariats 20 Kilometer zu Fuß herum, auf die Möglichkeit hin, eventuell Arbeit zu bekommen.

Das ist der Dank des Vaterlandes an die Opfer des Krieges und ihre Kinder!

Unter den Rädern eines Eisenbahnzuges . . .

Grünberg. Ein sechzehnjähriges Mädchen, Cäcilie Jrmser, wirft sich vor dem fahrenden Eisenbahnzug! Warum? Seit zwei Jahren arbeitet sie in Wollschleife bei einem Bauern. Sie wurde geküßelt und nach allen Regeln der Kunst ausgebeutet.

In ihrer Kindheit schon hatte man sie, als sie ihre Mutter verlor, in die Zwangsarbeit von Groß-Rosen gesteckt.

Und nun erfüllte sie offenbar nicht mehr die Ansprüche ihrer Ausbeuterin, der Bäuerin und des Oberwurmendes. Deshalb wollten diese das Mädchen, das bei allen Leuten im Dorf beliebt war, von neuem der schwermütigen Hölle von Groß-Rosen übergeben.

Dieser Gedanke war dem armen Geschöpf so furchtbar, daß sie versuchte, doch sie nicht den Weg des revolutionären Klassenkampfes ging, sondern dem Leben entsagte.

Die revolutionäre Jugend hat Cäcilie Jrmser zu Grabe getragen unter roten Fahnen und dem Sowjetstern und an ihrem Grabe gelobt, daß sie alles daransetzen werden, eine neue, bessere Weltordnung zu errichten!

Am 7. November marschieren anläßlich des 15. Jahrestages des Sieges der russischen Arbeiter und Bauern Millionen von Jungwerttätigen in der Sowjetunion auf!

Sie marschieren unter Waffen, mit denen sie ihr sozialistisches Vaterland bis zum letzten Atemzuge verteidigen werden.

Sie verteidigen ihr Vaterland, das sie vom Joch des Kapitalismus befreit hat, das ihnen gegeben hat:

- Gleichen Lohn für gleiche Arbeit!
- Den Sechshunderttag bzw. den Bierkündentag!
- Den bezahlten Bierwochenurlaub!
- Den kostenlosen Besuch sämtlicher Lehranstalten für Begabte sowie kostenlose Verabfolgung von sämtlichen Lehrmitteln.

Sie verteidigen ihr Vaterland, in dem es einfach undenkbar ist, daß auf den Schultern eines sechzehnjährigen Mädchens die Verantwortung für fünf hungrige Geschwister ruht, sondern in dem man den Kindern in modernen Kinderheimen sachgemäße Pflege angebeihen läßt! Sie verteidigen ihr Vaterland, in dem kein Arbeitsamt ein Arbeitermädchen irgendwohin kilometerweit auf Arbeitssuche schickt, sondern wo jeder an der Stelle schafft, wo er nach seinen Fähigkeiten hingehört und wo er Lust hat zu arbeiten. Sie verteidigen ihr Vaterland, in dem es keine Zwangshöllen gibt, sondern wo die Jugend im Geiste einer neuen proletarisch-revolutionären Kultur zu freien Lebensbedingungen erzogen wird. Sie verteidigen ihr Vaterland, in dem das Leben der werttätigen Jugend wieder Sinn und Zweck bekommen hat.

Am 6. November marschieren in Deutschland die Millionen der werttätigen Jugend, nicht unter Waffen, aber mit der geballten Faust, auf, um durch die Stimmabgabe für die Liste 3 einen Schicksalsschlag zu setzen, nicht zu ruhen und zu ruhen, bis das System der Hungers

und der Anechtshaft zum Teufel gejagt ist, ihr Leben für den Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland einzusetzen.

Jungarbeiter! Arbeitermädchen! Her zu uns, den Jungkommunisten! Kämpft mit uns! Unser ist der Sieg!

. . . und die auf der Landstraße?

Waldsteinbauten, eiserne Tore, Vollzeigerichter sind das Wahrzeichen der Obdachlosen, die „Heimat“ der Tuppelbrüder. Fleppenkontrolle, Entlaufen, mit Soda gelochtes Fressen, Fahndungsbuch ist die „Romantik“ der Walze.

Ein gewaltiges Heer von einer Million Jugendlichen zieht die deutschen Landstrassen entlang, von der Polizei gehetzt, vom Bürger geächtet und angeblöet, man nennt sie „faules Gefindel“. Aber ihr es nicht gerade die Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft, der Zerfall der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, der diese jungen Arbeiter niemals mehr in den Produktionsprozeß, an die Drehschnecke, in die Werkstatt führen wird, sondern sie langsam verelenden läßt?

Wir sind losgezogen in der Hoffnung Arbeit zu finden. Die ungeheure Erziehung und der Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft hat uns eines Besseren belehrt, die Hoffnung ist zum Teufel. Aber wir haben einen ungeheuren Willen zum Leben, wir werden uns nicht aufgeben, trotz der Bemühungen der Bourgeoisie. Das Beispiel der Sowjetunion zeigt uns, welche ungeheuren Kräfte, welchen grandiosen Aufbau die Arbeiterklasse leisten kann, wenn sie selbst herrscht. Wir jungen Tuppelbrüder, von dem Klassenfeind zum langsame Kriechen gezwungen, werden durch den Willen zum Leben mit unseren Klassenbrüdern in Stadt und Land, in der Fabrik und auf der Landstraße immer fester verbunden, denn wir brauchen zum Leben dasselbe: Arbeit, Freiheit und Brot!

Täglich sehen wir, wie die Jungarbeiter auf dem Lande und im Betrieb geschunden und ausgebeutet werden. Wir kennen das notverordnete Elend in den Arbeiterquartieren der Städte. Unter uns sind viele, die von der Sklavenarbeit in den Arbeitsdienstlagern ausgehungen sind. Die Jungproleten erzählen uns in Äpfeln und Pflaumen von der Stempelstele und gehen uns ihre Zeitungen. Ost sind wir an irgendeinem Ort stumme Zeugen, wie sie einen von den Nazis diehisch hingemordeten Klassenkämpfer zu Grabe tragen. Wir kennen die Ideologie eines Dritten Reiches. Man wird uns, „weil wir nicht arbeiten“, an die Wand stellen, in die Zuchthäuser stecken, zur Arbeitsdienstpflicht schicken, zum Militär bringen. Nein, wir wollen wohl Arbeit und Brot, aber keine Zwangsarbeit, wir wollen kein Kanonenfutter im Dienst der Bourgeoisie sein. Unsere Forderungen und unsere Interessen sind die Forderungen unserer Klasse. Darum werden wir gemeinsam mit der gesamten Arbeiterklasse für diese Forderungen der gesamten Arbeiterklasse kämpfen. Wir, das Millionenheer der jungen heimatslosen Gefelken, müssen uns schreien in die Front des kämpfenden Proletariats, für eine proletarische Heimat, für Arbeit, Freiheit und Brot.

Katzenhofgeist im Arbeitsdienst Kabischau

Kabischau. In Kabischau geht man jetzt dazu über, den Arbeitsdienstlern etwas Militarismus beizubringen. Wöchentlich soll eine Stunde geturnt werden. Außerdem will der lebenswichtige Pflanzenschutz Vorträge halten. Worüber er die Vorträge halten will, weiß man noch nicht. Wir sagen dem Herrn Pflanz, er soll lieber dem Herrn Gemeindevorsteher einen Vortrag über Sittlichkeit halten. Man will bei den jugendlichen Arbeitern den Kadavergehorsam einführen, um sie von wirklichen Kämpfen abzuhalten. Den Arbeitsdienstlern verspricht man anfangs, die Regenstage, an denen nicht gearbeitet werden kann, zu bezahlen; jetzt, da es soweit gekommen ist, daß Regenstage eingetreten sind, will man sie abziehen oder die verfaulenden Stunden müssen an schönen Tagen nachgeholt werden. Lebensfalls will man die Arbeiter betrügen. Wir rufen den Jungproleten zu, kämpft mit uns in der antifaschistischen Aktion und im KPD für Arbeit, Freiheit und Brot, wählt am 6. November Liste 3 Kommunisten!

Fürsichtige Forstverwaltung gegen die Hungernden

Liebigau. Wie alle Jahre, so kaufte die Forstverwaltung zu Futterweiden für das Vieh im Winter Kasanien auf. Da die Not der Erwerbslosen groß ist, so versuchten sie die Not zu lindern, indem sie Kasanien sammelten. Es wurde für den Zentner 1 Mark gezahlt. Wer nun von den Arbeitern des Glaubens war, es würden die Kernsten berücksichtigt werden, der wurde eines anderen belehrt. Die Herren Waldbesitzer Pluniat und Schipschnik suchten sich nur die Nazis heraus, alle anderen mußten ihre Kasanien wieder nach Hause nehmen zum ewigen Andenken. Ein Teil der Proleten schüttete die Kasanien in den Teich.

Proleten, zieht eure Lehre daraus. Nicht durch Almosen und Bettelbitteln könnt ihr euch aus eurem Elend befreien, sondern nur durch geschlossenen Kampf. Darum reißt euch ein in die rote Einheitsfront, wählt am 6. November die Liste 3, Kommunisten! Nur unter der Fahne des revolutionären Klassenkampfes könnt ihr eure Elendslage verbessern.

Verkürzung der Wahlzeit in den kleinen Gemeinden

Wiegitz. Antifisch wird mitgeteilt, daß die zur Abgrenzung der Stimmbezirke zuständigen Behörden ermächtigt sind, in Wahlbezirken mit weniger als tausend Einwohnern eine kürzere, jedoch mindestens sechsstündige Wahlzeit festzusetzen. Die kürzere Wahlzeit darf aber nicht später als 11 Uhr vormittags beginnen und nicht vor 4 Uhr nachmittags endigen.

Jetzt kann ihn jeder kaufen! Das Bedürfnis nach einem satirischen Blatt für die Werktätigen bestand immer und besteht heute mehr denn je. Der bekannte „Rote Pfeffer“ erfreute sich großer Beliebtheit, aber er hatte einen Fehler: er war zu teuer! Dieser Fehler ist jetzt behoben. Sie können den „Roten Pfeffer“ jetzt von jedem „KZ“-Kolporteur oder direkt beim Neuen Deutschen Verlag, Berlin W 8, Wilhelmstraße 48, auch an allen Kiosken für 10 Pfennig beziehen. Trotz der Verbilligung ist der „Rote Pfeffer“, wenn auch in seiner äußeren Ausstattung nicht mehr so anpruchsvoll wie früher, inhaltlich noch reichhaltiger, noch schlagender, wichtiger geworden. Überzeugen Sie sich selbst!

Tassilo Krienke
Zigarren-Spezialhaus
Sternstr. 5/9

Herzberg & Co.
Höfchenstraße 48 Blicherplatz 17
Leuthenstraße 10 Klosterstraße 64
Selenkestraße 17 Michaelistr. 3
Frankfurter Str. 103, geg. d. Schlachthof
Gnaisenauplatz 7
Niederlage: Gräbchener Straße 86
Bleien an vom Faß:
des ganze Liter
Breslauer 25% = 1.40
Breslauer 32% = 1.90
Weinbrand-Verschnitt 38% = 2.40
Weinbrand echt 38% = 3.80
Garantiert aus reinem franz. Wein
Jan.-Rum-Verschnitt 2.85

Weine u. Obstweine v. Faß
des ganze Liter
Apfelwein süß per Liter 0.55
Heidelbeerwein süß 0.70
Johannisbeerwein süß 0.78
Rheinwein zur Bowle 0.70
Muskateller 1.08
Deutscher Warmwein 0.70
Tarragona 1.08
Malaga 1.20
Süßer ungar. Dessertwein 1.50
Prima Spirit per Liter 4.80
Gebirgshimbeersaft 1.28

Tal-Liköre einschl. Flasche
Meisterwerke der Destillierkunst
Bitter, Leuchtliker, Bergamotte,
Aroma, Ingwer, Karamell, Anisette,
Pfefferminz u. a.
30% per 1/2 Fl. 2.00 per 1/2 Fl. 1.15
35% per 1/2 Fl. 2.78 per 1/2 Fl. 1.58

ii. Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt billigst
Paul Peterzelt, Scheifniger Straße 23
Görlitz
Möbel Ernst Boden
Görlitz, Peterstr. 16
M. & F. Weishaar
Damenhüte
Görlitz, Landskronstraße

Frieda Schubert
Lebensmittel
Görlitz
Kaufschulber Str. 11
Genossen
werbt für
Gute Presse!

Für den Winter
billige Bekleidung
von Behörden
Gut erhaltene
Joppen, Litewken
Westen
Ledergamaschen
Lederjacken
Lederhosen
Außerdem neue
Arbeitsbekleidung
und Schuhwaren
Bekleidungs-Geschäft
Oskar Friebe
Liegnitz
n u r Spoorstr. 4

Geschäftsverlegung
Mein
Korbmöbel- und Kinderwagengeschäft
habe ich von Mittelstraße 81 verlegt nach meinem gegenüberliegenden eigenen Grundstück
Liegnitz, Mittelstraße 8
In neugeschaffenen Ausstellungsräumen zeige ich eine reichhaltige Auswahl meiner eigenen und fertigen Fabrikate. Ich bitte höflichst um weitere Unterstützung meines Unternehmens
Hochachtungsvoll
Julius Ludwig, Mittelstr. 8
Kinderwagen — Korbmöbelfabrik Fernruf 2794

Schamlose Verbotshetze gegen die KPD.

Verleumdungs- und Fälscherzentralen bei Goebbels und Hugenberg — Erdichtete Räubergeschichten als Vorwand eines Verbots — SPD.-Polizei-Präsident an der Spitze der Aktion gegen die KPD.

Alle Feinde der Arbeiterklasse konzentrieren ihr stärkstes Trommelfeuer gegen die Kommunistische Partei. Die Nazis liefern ein in plumpster Weise zusammengedichtetes angebliches Mundschreiben des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, dem jeder den Charakter der Fälschung ansehen konnte. Aber die gesamte bürgerliche Presse bis zum „Vorwärts“ nahm diesen Schwindel aus der Lügenfabrik der Hitler und Goebbels für bare Münze, um gegen die Kommunistische Partei eine ungeheuerliche Hetze zu machen.

Jetzt führt die Hugenberghetze die Hetze der Nazis weiter. Sie benutzt die Polizeiberichte über die Zusammenstöße zwischen nationalsozialistischen Worbardern und Arbeitern in Hamburg dazu, um gegen die Kommunistische Partei ebenso schamlose wie phantastische und absurde Verleumdungen zu verbreiten. „Kommunisten veranstalteten Raubüberfälle für den Wahlfonds“, schreibt die „Nachtausgabe“ und erzählt ihren Lesern, daß die Kommunistische Partei Ueberfälle und Mordtaten organisiert habe, um für den Wahlfonds der SPD. Geld zu beschaffen. Angeblich sollen verhaftete Kommunisten solche Mordtaten erzählt haben. Angeblich hat sich daraufhin das Raubdegenat (1) der Berliner Kriminalpolizei mit Hamburg in Verbindung gesetzt. Dieses Raubdegenat, so phantastert die „Nachtausgabe“ weiter, hätte bereits vor einiger Zeit in einer Eingabe an das preussische Innenministerium darauf aufmerksam gemacht, daß nach den Aussagen verhafteter Räuber ein großer Teil der in Berlin in den letzten Monaten verübten Straftaten dem Zweck gedient haben soll, die Massen kommunistischer Organisationen aufzufüllen.

Es ist kaum noch notwendig, zu erklären, daß das ganze Geschreibsel der Hugenberghetze, „Nachtausgabe“ von A bis Z erfunden und erlogen ist, einzig zu dem Zweck fabriziert, um gegen die Kommunistische Partei die Hetze so zu steigern, daß dadurch ein Verbot der KPD. vorbereitet wird.

Sowohl die Fälschung der Nazis, wie diese blödsinnigen Räubergeschichten aus dem Hugenberg-Blatt würden nur lächerlich sein, wenn sie nicht ganz klar die Absicht verrätten, daß die deutsche Kapitalistenklasse jetzt das Verbot der Kommunistischen Partei vorbereitet und

durchführen will. Die Herrschaften erwarten einen neuen großen Erfolg der Kommunistischen Partei bei den Wahlen und suchen dem mit allen Kräften entgegenzuwirken; noch mehr aber fürchten sie, daß nach den Wahlen unter der Führung der Kommunisten die Welle der außerparlamentarischen Massenaktionen mit verstärkter Kraft einzieht. Darum wollen sie die Kommunistische Partei verbieten lassen!

Hatte sich schon der „Vorwärts“ der Hetze der Goebbels und Hugenberg gegen die KPD. angeschlossen, so hat der Hamburger Polizeipräsident Schönfelder sich nach Kräften bemüht, der Bourgeoisie das Stichwort für ein Verbot der KPD. zu geben. In seinem Polizeibericht erklärt dieser SPD.-Mann, daß die Kommunisten die Urheber der Zusammenstöße gewesen seien, während er über die Nazis, welche als Provokateure mit der Absicht des Arbeitermordes in die Arbeiterviertel eindringen, kein Wort sagt. Obwohl in den letzten Tagen die Nationalsozialisten in Hamburg systematisch sowohl kommunistische wie sozialdemokratische und Reichsbannerarbeiter überfallen und niedergeschossen haben, hat der sozialdemokratische Polizeipräsident Schönfelder nichts gegen den Terror der Nazis unternommen, sondern mit einem Mißenaufgebot von Polizei einige hundert Arbeiter, kommunistische und nichtkommunistische, verhaften lassen.

Die SPD. Arm in Arm mit Hugenberg und Hitler, Papen und Schleicher und Gahl in der Verbotshetze gegen die Kommunistische Partei: das zeigt dem gesamten arbeitenden Volk Deutschlands, daß es gegen die Front seiner Feinde von Schönfelder und Wels bis zu Hugenberg und Hitler nur eine Partei hat, die seine Interessen vertritt: die Kommunistische Partei. Die Verbotshetze der Kapitalisten und Kapitalistenhetze gegen die KPD. ist zugleich ein Warnsignal für die arbeitenden Massen:

Verteidigt eure Partei, schart euch um die KPD., stärkt die rote Einheitsfront und macht die neuen Verbotspläne der faschistischen Reaktion zunichte!

Erklärung unseres Zentral-Komitees

Das Zentral-Komitee der KPD. veröffentlicht folgende Erklärung: Unmittelbar vor der Reichstagswahl am 6. November wird von der Presse der Nationalsozialistischen Partei als Wahlbombe gegen die KPD. ein angeblich geheimes „Mundschreiben der Partei-Exekutive des J.R. der KPD.“ veröffentlicht. Es handelt sich um eine besonders plumpe und dumme Fälschung, deren Ungeschicklichkeit unter anderem schon daraus hervorgeht, daß es in der KPD. weder eine „Exekutive“ noch „Landesleitungen“ gibt, wie sie das gefälschte Mundschreiben der NSDAP.-Partei verzeichnet. Was den Inhalt der Fälschung anbelangt, so denkt selbstverständlich die KPD. nicht daran, für den 15. November einen „bolschewistischen Aufstand“ zur „Aufsichtung eines Sowjetdeutschlands“ durchzuführen.

Derartige „Dokumente“, wie sie die nationalsozialistischen Fälscher der KPD. unterstellen wollen, entsprechen der Gesinnung und den Methoden der Hitlerpartei selbst, deren führende Mitglieder das bekannte Borgehmer-Dokument verfaßt haben, dessen Wahrheit von ihnen selbst nicht abgeleugnet wurde, und die besonders nach dem 31. Juli, dem Tag der Reichstagswahl, in ganz Deutschland eine Kette von systematisch organisierten Mordtaten, Ueberfällen, Brandstiftungen und sonstigen Terrorakten durchgeführt hat.

Das J.R. der KPD. weist die gesamte Öffentlichkeit darauf hin, daß die plumpe Dokumentenfälschung der NSDAP.-Presse unzweifelhaft Berlin, 2. November 1932.

Zentral-Komitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Diktatur-Berordnungen gegen Gemeinden beschlossen

Neue Papen-Aktion gegen Erwerbslose und Gemeinde-Arbeiter und -Angestellte

Die kommissarische Preußen-Regierung Papens und Brachs hat in ihrer Sitzung am 1. November beschlossen, zwei neue Verordnungen zu erlassen. Die eine Verordnung betrifft die Führung der Gemeinde-Erats, die andere die Aufstellung von Stellenplänen über die Angestellten, Arbeiter usw. der Gemeinde. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet, sollen die Verordnungen

„die wichtige politische Frage behandeln, wie die Gemeindeinstanzen, die durch den Parlamentarismus ihrer Stadtverordnetenversammlung vielfach gehindert werden, einen brauchbaren Etat aufzustellen und durchzuführen, zu einer solchen ordentlichen Finanzgebarung befähigt werden. Vor allem ist eine Verschärfung der Aufsicht geplant, die zwar vom Grundlag der Selbstverwaltung ausgehen, aber den Gesichtspunkt verfolgen soll, daß überall sofort eingegriffen werden muß, wo Stadtverordnetenversammlungen durch Agitationsbeschlüsse die geregelte Finanzgebarung gefährden. Praktisch wird ferner eine Stärkung der Stellung des Magistrats gegenüber der Stadtverordnetenversammlung erstrebt. Die jetzigen Verordnungen bedeuten, nach Auskunft unterrichteter Stellen, noch keine erschöpfende Durchführung der Selbstverwaltungsreform, wohl aber eine grundsätzliche Bekämpfung des Haupt Übels, das man in der gekennzeichneten Unsiherheit durch einen unzumutbaren und unverantwortlichen Parlamentarismus erblickt.“

Die Verordnungen bedeuten also eine verschärfte Diktatur der Gemeindebehörde und eine weitere Ausschaltung der Gemeindevertretung. Wenn beispielsweise die Erwerbslosen oder Pflichtarbeiter durch die KPD. durchsetzen, daß in einem Gemeindeparlament die Bewährung von Kartoffeln oder Kohlen beschlossen wird, dann werden die Gemeindebehörden, noch schärfer als bisher vorgehend, diese Beschlüsse annullieren und nicht durchführen. Weiter bedeuten die Verordnungen neue Maßnahmen zur Entlassung von Angestellten oder Arbeitern der Gemeinden.

Damit wird der Kurs, den die SPD.-Müller und Sebering einleiteten, den Brüning fortsetzte, nun von Papen außerordentlich verstärkt. Ohne Wels und Sebering keine Papen-Diktatur!

Die Antwort der Arbeiter-Einheitsfrontaktion gegen die Papen-

Sagt es weiter:

Wer Hitler wählt, wählt den 150 fachen Millionär und Truß-König Thyssen!

Alle werktätigen Stimmen für Liste 3, Kommunisten!

hast auch dazu dienen soll, die wachsende Zerfegung in den Formationen der nationalsozialistischen SA. und SS. aufzuhalten und putschistische und terroristische Pläne zu verschleiern, wie sie seitens der Hitlerpartei für die Tage nach dem 6. November, entsprechend ihren Terrorakten nach den letzten Reichstagswahlen, erneut vorbereitet sind.

Demgegenüber ruft das Zentral-Komitee der KPD. die Massen zur politischen Wachsamkeit auf. Zugleich wendet sich das ZK. angeht die nationalsozialistischen Fälschungen und wiederholten Versuchen, die klassenbewußte Arbeiterchaft zu provozieren, an die gesamte Arbeiterchaft mit dem Appell zu eiserner revolutionärer Disziplin, unter entschlossener Einhaltung der in allen Beschlüssen der KPD. festgelegten Linie des revolutionären Massenkampfes und unter reiflicher Abrechnung aller Versuche, die Arbeiterchaft zu putschistischen oder individuellen terroristischen Handlungen zu provozieren, wird das deutsche Proletariat erfolgreich gegen wirtschaftliche Ausbeutung und politische Entrechtung kämpfen. Unbeeinträchtigt durch Fälschungen, Verleumdungen und Provokationen des Klassenfeindes wird die KPD. auf der Linie der Streiks und Massenkämpfe im Dienste der Befreiung der Arbeiterklasse von kapitalistischer Ausbeutung und nationalstischer Unterdrückung durch das Versailles System, ihren Vormarsch fortsetzen.

Diktatur, für ausreichende Erwerbslosenunterstützung, für Brot, Arbeit und Freiheit der Arbeiterklasse, für die Arbeiter- und Bauern-Republik.

Und am 6. November alle Stimmen der proletarischen Freiheitspartei, der KPD., Liste 3. Wer nicht kommunistisch wählt, hilft dem Faschismus!

Ministerpräsident Held lobt SPD.

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held (Bayerische Volkspartei) hat am Dienstagabend in zwei Zentrumsversammlungen in Stuttgart u. a. folgendes ausgeführt:

„Es müsse anerkannt werden, daß auch die Sozialdemokratie nach dem Abzug dem Staate (des kapitalistischen Staates) in sehr vielen Fällen sehr gute Hilfestellung geboten habe.“

SPD.-Arbeiter! Sowohl, die sozialdemokratischen Führer haben in all den Jahren des revolutionären Ansturms auf die kapitalistische Bastille diese verteidigt, haben auch gegen die kommunistischen Klassenfeinde gekämpft und damit die Schaffung der roten Einheitsfront, die die größte Gefahr für die Kapitalistenklasse ist, bewußt verhindert.

Die „Führerbriefe“ sind bestimmt, nur von den Trußkönigen und Kantfürsten gelesen zu werden. Darum reden sie ganz offen auch über die Hauptgefahr, welche die Herrschaft des Finanzkapitals bedroht:

„Die notwendige Bedingung jeder sozialen Rekonstruktion der bürgerlichen Herrschaft, die in Deutschland nach dem Abzug möglich ist, ist die Spaltung der Arbeiterbewegung. Jede geschlossene, von unten hervordringende Arbeiterbewegung müßte revolutionär sein, und gegen sie wäre diese Herrschaft dauernd nicht zu halten, auch nicht mit den Mitteln der militärischen Gewalt.“

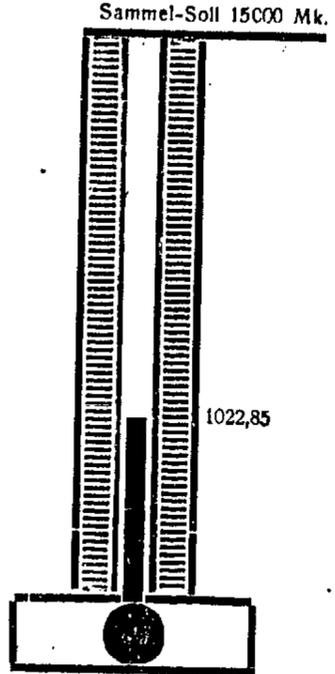
Hier sagt das Trußkapital ganz eindeutig: die Hauptgefahr für die Herrschaft des Kapitalismus ist die Einheitsfront des Proletariats. Damit wird bestätigt, was wir Kommunisten den arbeitenden Massen unermüdet sagen: nur durch die proletarische Einheitsfront wird die Kapitalistenklasse geschlagen! Diese Einheitsfront, sagen die „Führerbriefe“ des Trußkapitals, müßte revolutionär sein. Damit wird unterstrichen: es gibt nur eine Einheitsfront unter der Führung der KPD., es gibt keine Einheitsfront unter der Führung der SPD. Wenn die SPD. schreibt: „Die Eisernen Front ist die Einheitsfront“, so ist das ein bewußter Schwindel im Dienste

der Korrespondenz der Trußkönige und Kaufmagnaten, kann sich keine Militärdiktatur auf die Dauer halten. Damit wird abermals bestätigt, was wir Kommunisten den Massen tausendmal gesagt haben!

Und deshalb müssen alle sozialdemokratischen Arbeiter daraus die Konsequenz ziehen und mit uns Kommunisten kämpfen, weil sich dann die kapitalistische Herrschaft auch nicht mit Bajonetten halten würde; sie müßte weichen und an ihre Stelle würden wir den Sozialismus setzen. Dieser Wille zur Schaffung der roten Einheitsfront kann von den sozialdemokratischen Arbeitern nicht besser zum Ausdruck kommen, als durch die Stimmenabgabe für die Liste 3!

Steigert die Sammlung für den roten Freiheitskampf!

Sammelbarometer: Stand der letzten Woche 599,66 Mark



Vom Großsammlertag am Sonntag haben bis heute abgerechnet: Sagan 59,80 Mk., Breslau-West 50 Mk., KPD. Breslau 24,80 Mk., Görlitz 22 Mk., BCV-Betr.-Zelle 21,12 Mk., Freiburg 20 Mk., Riechly 20 Mk., Glogau 17 Mk., Stabelwitz 10,45 Mk., Löwenberg 11,00 Mk., Deutsch-Lissa 11 Mk., Betriebszelle Straßenbahn 10 Mk., Breslau-Nord 10 Mk., Zimpel 10 Mk., Penzig 9,90 Mk., Märzdorf (Mfg.) 9 Mk., Breslau-Dt. 8,60 Mk., Altwasser 5 Mk., Dyhernfurth 7,60 Mk., Ober-Salzbrunn 7 Mk., Sandberg 7 Mk., Hettendorf 6,25 Mk., Gohgierdorf 6,20 Mk., Reichenbach 6 Mk., Brokan 5,01 Mk., Tschansch 5 Mk., Fehhammer 5 Mk., Primmelan 5 Mk., Oberdorf 4,92 Mk., KPD. Penzig 4,20 Mk., Schmolz 3,40 Mk., Hausdorf b. W. 4 Mk., Pioniere 2,80 Mk., Breslau-Zentrum 2,55 Mk., Raudten 1,50 Mk.

Wo bleiben die anderen Ortsgruppen und Betriebszellen? Bezirksleitung, Abtlg. Kasse.

Berichte fehlen aus: W. Langenbielau, Olag, Plegwitz, Grünberg, Dölan, Strehlen und Delz.

Genossen! Alles Geld sofort noch heute auf unser Postkassenkonto Willi Schubert, 36760 Breslau, absenden.

Einige gute Beispiele:

Sagan: Gen. Str. sammelte in 3 Stunden 10,35 Mk., Gen. G. in 1 1/2 Std. 5,70 Mk., Gen. B. in 1 1/2 Std. 4,70 Mk. Deutsch-Lissa: Ein parteiloser Arbeiter sammelte 18,80 Mk. Stabelwitz: Gen. W. sammelte in 2 Stunden 7,70 Mk.

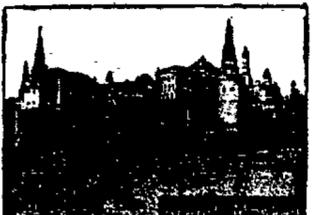
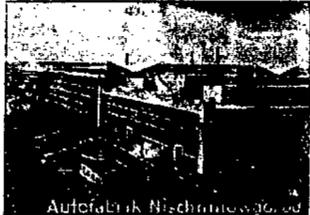
Genossen! Verschiedene Ortsgruppen haben bewiesen, daß es bei richtiger Organisation der Sammlung in kurzer Zeit möglich ist, unsere Parole: „Jeder kommunistische Wähler einen Groschen“ restlos zu erfüllen, zum Teil sogar zu überholen.

Wir werden am nächsten Donnerstag an Hand der letzten Ergebnisse der Reichstagswahl in der „KZ.“ und „Arbeiterstimme“ diejenigen Ortsgruppen besonders betanztgeben, die unsere Parole „Jeder kommunistische Wähler einen Groschen“ erfüllt haben. Die besten 5 Ortsgruppen im Bezirk und die besten 5 Straßenzellen in Breslau erhalten von der BK. das soeben erschienene Buch von Schapowalow „Illegal“ (ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben). Genossen, die nächsten Tage:

Jeder Tag ein Großsammlertag für den Kampffonds der Partei!

Wo ist die beste Ortsgruppe? Wo ist die beste Zelle? Gewertet werden nur die abgerechneten Beträge.

Bezirksleitung, Abtlg. Kasse.



Kampffond der K.P.D. 10 RPF für die Wahl 1932

Jeder Werktätige kauft und sammelt

die Kampffond der K.P.D.

RUND UM DEN ERDBALL

Die Buchungsmaschine macht dich gesund „Weg mit der Sozialversicherung“ — sagen die Nazis

Ersparnisse an Kranken

Für die Gesundheit wird zuviel Geld ausgegeben. Wir sind ein armes Volk und müssen sparen. Und dazu bieten die Ausgaben in der Krankenversicherung die beste Möglichkeit. Die schlechte Bezahlung der Kassenärzte, die Beschränkung der Arzneimittelverordnung auf billige und zum Teil minderwertige Präparate ist nun schon zur Gewohnheit geworden. Aber immer noch reichen die hierdurch gesparten Summen nicht aus, und so suchen die gegenwärtigen Nachhaber nach weiteren Sparsmöglichkeiten.

Die Erhebung einer Krankenschein- und Rezeptgebühr von je 50 Pfennig haben noch nicht genügt, um den Kranken davon abzuhalten, einen Arzt aufzusuchen. Im Gegenteil; der Krankenstand hat sich als Folge der Wirtschaftskrise, als Folge der immer schlechter werdenden Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse der werktätigen Bevölkerung dauernd gesteigert. Auch die rigorosesten Maßnahmen der Krankenkassenvorstände, wie Aussteuerung nach 26 wöchentlicher Behandlung, die zwangsweise Eintreibung des Anteils für die Familienversicherung, den diese selbst in Höhe von durchschnittlich 50 Prozent für alle Heilmittel und für Krankenhausaufenthalt zu zahlen haben, haben die Ausgaben in der Krankenversicherung zwar verringern können, aber doch nicht so, daß wesentliche Summen eingespart werden konnten.

Von den verschiedenen Vorschlägen, die zu diesem Zweck gemacht worden sind, ist jetzt einer zur Durchführung angenommen worden: die Ersatzpflicht der Ärzte gegenüber den Krankenkassen bei „unwirtschaftlicher Behandlungsweise“. In diesen Tagen wurde allen Ärzten ein Rundschreiben zugestellt, in dem es heißt: „Die Behandlung darf das Maß des Notwendigen nicht überschreiten. Der Kassenarzt hat... die Heil- und Stärkungsmittel nach Art und Umfang wirtschaftlich zu verordnen und auch sonst, bei Erfüllung der ihm obliegenden Verpflichtungen, die Kasse vor Ausgaben soweit zu bewahren, als die Natur seiner Dienstleistungen es zuläßt. Der Arzt, der die nach den Umständen erforderliche Sorgfalt außer Acht läßt, hat der Kasse den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.“

Ersatzpflichtig

Hiernach hat also der Arzt nicht mehr die Aufgabe, den Kranken vor unnötiger Gefahr zu bewahren und ihn in kranken und gesunden Tagen zu betreuen, sondern die Krankenkasse „vor Ausgaben“ (auch vor nötigen?) zu schützen. Die Ersatzpflicht gegenüber der Krankenkasse wird den Erfolg haben, daß ängstliche, auf ihre Einnahmen vorwiegend bedachte Ärzte sich überhaupt nichts mehr zu verordnen getrauen. Maßnahmen kann man ihnen das eigentlich auch nicht. Wie viele von den heutigen Ärzten wären wohl bereit, unter Hinterrückung ihres eigenen Vorteils, auch auf die Gefahr hin, von der Kasse dafür haßbar gemacht zu werden, den Patienten gute und reize Arzneien zu verschreiben?!

In den neuen „Verordnungsflächen“ wird übrigens von den Ärzten verlangt, „bei aller gebotenen Sparsamkeit darf die Krankenhilfe nicht minderwertig sein. Kann aber der Heilzweck durch billigere Heilmittel oder Kuren erreicht werden, so darf der Kassenarzt kostspieligere auch dann nicht verordnen, wenn der Versicherte sie verlangt... Sehr oft können Arzneien durch einfache hygienische, physikalische oder diätetische Maßnahmen ersetzt werden.“

Die Vertrauensärzte der Krankenkassen („Vertrauensärzte“ deswegen, weil sie weder das Vertrauen der Kranken noch der Ärzte haben!) gehören zu verachteten Wunderheilkundigen, die einen schweren Herzfehler mit Kalbriantropfen oder lauwarmen Fußbädern beheben können, die auch einen Sterbenden noch arbeitsfähig machen können. Hauptache bleibt, die Krankenkasse wird nicht belastet. Was aus dem Kranken geschieht, ist im übrigen ganz gleichgültig. Krankenhauspflanze soll möglichst „vermieden“ werden. Die Zustimmung der Krankenkasse zur Einweisung ins Krankenhaus ist in jedem Falle vorher einzuholen. Nur bei akut lebensbedrohlichen Zuständen genügt ausnahmsweise das einfache ärztliche Attest.

Heilung mit 5 Mark im Quartal

Die Ärzte haben zwar gegen diese Sparmaßnahmen der Krankenkassen zwei oder drei laue Proteste losgelassen, aber im

übrigen sich schon längst auf den neuen Zustand eingestellt. Die Krankenkassen haben einen ganz neuen Dreh gefunden, wie sie jederzeit die Ärzte ersatzpflichtig machen können. Sie verheimlichen nämlich die Durchschnittssumme, die der Arzt für einen jeden Kranken an Arzneimitteln verbrauchen darf. Sie wird immer erst am Vierteljahreschluß hinterher bekanntgegeben und schwankt so etwa um fünf Mark vierteljährlich! Jeder kann sich vorstellen, wieviel — oder besser wie wenig — von den teuren Arzneimitteln, an denen die chemische Großindustrie Riesensummen verdient, ein Arzt für fünf Mark verordnen kann. Daß dabei die Gesundheit des Kranken leiden muß, ist sicher.

Die Krankenkassenvorstände haben aber ganz andere Sorgen, als auf die Gesundheit ihrer Mitglieder bedacht zu sein. Sie müssen sehen, daß sie aus den Beiträgen ihrer Mitglieder die reichlichen Riesensummen für die Millionenprachtbauten ihrer Verwaltungshäuser herausholen können. Die sozialdemokratischen Vorständen der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlins sind sich schon seit Monaten nicht darüber schlüssig geworden, ob die Innenausstattung ihres neuen Prachtbaues, der ursprünglich auf „nur“ 5 Millionen veranschlagt war und bisher schon über 23 (dreiundzwanzig) Millionen Mark gekostet hat, in blauer Seide und Silber oder in violetterm Samt und Silber gehalten werden soll. Es mußten mehrere Sitzungen über die wichtige Frage abgehalten werden, ob die Sessel, in die die sozialdemokratischen Herren Direktoren ihre feisten Hintern hineinstülzen müssen, mit Leder oder mit Plüsch überzogen sein sollen.

„Widernatürliche Auslese“

Den Ärzten aber wird die Anschaffung einer eigenen Buchungsmaschine empfohlen, damit sie den Arzneimittelumschlag, der ihnen noch einmal bekannt ist, nur ja nicht überschreiten. Alle diese Maßnahmen liegen in derselben Linie, wie sie auf der Reichstagung der nationalsozialistischen Ärzte verflücht wurde: „die Sozialversicherung schwächt und schädigt das Volk in seiner moralischen und seelischen Gesundheit und Widerstandskraft, züchtet körperliche und seelische Lumpen.“ Ein Naziarzt hat das mit anderen Worten ausgedrückt, indem er sagt, daß die

ERNST THÄLMANN:

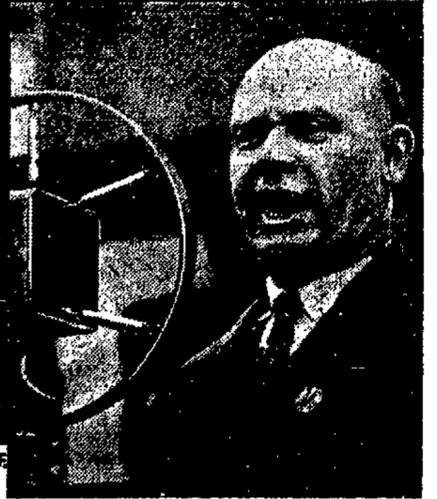
Im Kampf gegen die faschistische Diktatur

REDE UND SCHLUSSWORT AUF DER PARTEI-KONFERENZ DER KPD

DIE POLIT-RESOLUTION DER PARTEI-KONFERENZ IM OKTOBER 1932

HERAUSGEGEBEN VON DER KPD

64 SEITEN • PREIS 20 PF



ärztliche Behandlung der Krankenkassenmitglieder „eine wider-natürliche Auslese begünstigen.“

Sozialdemokratische Krankenkassenvorstände und Naziärzte in einer Front! Fürwahr ein edles Paar von Brüdern! Stets nur auf den eigenen Vorteil bedacht, kümmern sie sich einen Dreck um gesundheitspolitisch notwendige Maßnahmen, suchen sie nur neue Mittel und Wege zur Sparsamkeit. Alle die aber, die als Versicherte auf die Hilfe der Krankenkassen angewiesen sind, haben am 6. November ausreichend Gelegenheit, den Vorständen ihre Quittung zu überreichen, indem sie die Liste 3, die Liste der Kommunisten, der einzigen Partei, die die Rechte der Werk-tätigen wahrnimmt, wählen. Um alle die Stimmen zu buchen, werden sich Nazis und SPD wohl besonders große Additions-apparate anschaffen müssen. Dr. Wilhelm Swienty.

Vervielfachung der Zahl der ärztlichen Hilfsstellen und Sanatorien

Gewaltige Fortschritte des Gesundheitswesens in der Sowjetunion

Die Gesundheit der Werktätigen ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus. Die Partei der Bolschewiki und die Sowjetmacht machen alle Anstrengungen, sie scheuen keine Mittel, um die Werktätigen der Sowjetunion über die Notwendigkeit der Hygiene aufzuklären. Auf diesem Gebiet erzielte die Sowjetmacht in den fünfzehn Jahren ihres Bestehens große Erfolge. Die Zahl der ärztlichen Hilfsstellen in den Betrieben wuchs von 487 im Jahre 1917 auf 4609 im Jahre 1931 und auf 5506 im Jahre 1932. Die städtischen Polikliniken waren im Jahre 1917 für 23 Millionen Besucher berechnet, während sie im Jahre 1932 für 35 Millionen Besucher berechnet waren. Auf dem flachen Land stieg die entsprechende Zahl von 40 auf 129 Millionen. Während in den kapitalistischen Ländern die herrschende Klasse bestrebt ist, ihre Profite zu erzielen, und während sie versucht, auf Kosten der Arbeiterklasse ihren schwankenden Staatshaushalt durch alle möglichen Einschränkungen der Ausgaben für den Schutz der Gesundheit auszubalancieren,

wächst dieser Artikel des Etats in der Sowjetunion ununterbrochen.

Die Ausgaben für den Schutz der Gesundheit in der Sowjetunion stiegen von 128,5 Millionen im Jahre 1913, auf 1025,8 Millionen im Jahre 1930 und auf 1375 Millionen im Jahre 1932. Ähnliche gewaltige Erfolge auf dem Gebiet des Gesundheitswesens hat die Sowjetunion — auch in den nationalen Republiken erzielt. Diese unter dem Joch des Zarenismus gequälten Völker kannten fast keine ärztliche Hilfe. Jetzt gibt es bei ihnen nicht nur ein umfangreiches Netz von Heilanstalten und Polikliniken, sondern auch eine gut organisierte prophylaktische Medizin. 1913 gab es auf dem Gebiet der jetzigen usbekischen sozialistischen Sowjetrepublik keine einzige Beratungsstelle. Ende 1930 gab es dort 28 Beratungsstellen für Lungenerkrankte und Geschlechtskrankte. In der turkmenischen Republik gab es Ende 1930 7 Beratungsstellen und in der Ukraine 339 gegen sechs im Jahre 1913.

Streik im Arbeitslager

Hamburg, 2. November. Im Arbeitsdienstlager der Stadt Altona sind mehrere hundert Jungarbeiter in den Streik getreten, zum Zeichen des Protestes gegen die Einstellung von Zuschlagzahlungen, die von der Stadt, als ursprünglicher Begründerin des Lagers, geleistet wurden, nach dem Erlaß der Arbeitsdienstverordnung des Reiches aber eingestellt werden mußten. Die Erbitterung darüber hat zur Arbeitsniederlegung geführt.

Zusammenstoß zwischen Straßenbahn und D-Zug

Paris, 2. November. An einer Bahnüberfahrt in der Nähe von Dijon, an der es bereits häufig schwere Unfälle gegeben hat, stieß am Dienstagmorgen der D-Zug Nancy—Neters mit einem Straßenbahnwagen zusammen. Zwei Personen wurden auf der Stelle getötet. Sechs Personen wurden schwer verletzt, von denen bereits zwei gestorben sind.

Der Horthy-Hölle zu entfliehen versucht

Zansbad, 2. November. Auf dem Bremsgestänge unter einem Wagen des D-Zuges Budapest—Paris wurden gestern nachmittags zwei arbeitslose Ungarn entdeckt, die auf diese gefährliche Weise die Reise von Budapest nach Paris durchführen wollten. Die beiden Arbeitslosen wurden der Polizei übergeben.

Kokainschmugglergesellschaft aufgehoben

Kattowitz, 1. November. In Zusammenarbeit mit der Lodzer Polizeibehörde hat die Kattowitzer Kriminalpolizei eine weitverbreitete Kokainschmugglergesellschaft aufgehoben und zahllose Verhaftungen in Kattowitz und anderen Ortsgemeinden der Wojewodschaft Schlesien vorgenommen. Die Zentralpunkte des Kokainhandels sind Kalisch, Lodz und Kattowitz, bei denen größere Mengen von geschmuggeltem Kokain aus Deutschland an die Verbraucher in Polen zu Preisen von 6 bis 20 Hektar für das Gramm geliefert wurden. Unter den Abnehmern befinden sich auch hochgestellte Persönlichkeiten der polnischen Gesellschaft, deren Namen jedoch geheimgehalten werden.

Sturm über Neuyork

80 Wochenendhäuser zerstört — Zahlreiche Verletzte

Neuyork, 2. November. Neuyork und Umgebung wurden am Dienstag von einem ungewöhnlich heftigen Unwetter heimgesucht. Sturm und Regen richteten überall große Zerstörungen an. Besonders schwer betroffen wurden die Wochenendkolonien auf Long Island, wo rund 80 Häuser von der Sturmflut zerstört wurden. 20 zum Glück unbewohnte Wochenendhäuser wurden von der hochgehenden See fortgerissen. Die Lage wurde dadurch verschärft, daß in mehreren der eingestürzten Häuser Feuer ausbrach. Ein großes Aufgebot von Feuerwehren, Polizisten und Sanitätsmannschaften eilte zu Hilfe. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind 15 Personen verletzt worden. Auch in Neuyork selbst wurde erheblicher Schaden angerichtet. Vom Woolworth-Wolkenkratzer stürzte eine große Fensterscheibe in die Tiefe. Ein junges Mädchen und ein Polizist wurden durch die Splitter schwer verletzt. Der Hafensverkehr war zeitweise unterbrochen. Die Dampfer treffen verspätet ein.

Furchtbare Bluttat im Gefängnis

Freiburg (Breisgau), 2. November. Wie erst jetzt bekannt wird, ereignete sich am Montagabend im hiesigen Landesgefängnis in einer Gemeinschaftszelle eine furchtbare Bluttat. In einem Unfall von Totschlag erschlug ein Gefangener mit einem harten Gegenstand zwei seiner Mitgefangenen und brachte dem dritten schwere Kopfverletzungen bei, die aber nicht lebensgefährlich sind.

Furchtbarer Betriebsunfall in einem Hochofenwerk

Mühlheim a. d. N., 2. November. Bei Reparaturarbeiten am Hochofen fiel am Sonnabend der 48 Jahre alte Vorarbeiter Peter Bohrmann auf der Friedrich-Wilhelm-Hütte in die 1800 Grad entzündete Feuerschlut. Als die Glode des Hochofens geöffnet wurde, schoß infolge des Hingutretens der Frischluft eine Flamme hervor, wobei ein Betriebsingenieur und vier Arbeiter mehr oder weniger schwer verletzt wurden.



Höder und Hammet — der gleiche Rummel
Die AIZ.: Gegen Fürst und Lakai
Für KPD, Liste drei!

SPD.-Arbeiter, August Bebel mahnt:

Seht euren Führern nicht auf das Maul, sondern auf die Taten!

Revolutionäre Phrasen vor der Wahl — reaktionäre Taten gegen die Arbeiter — SPD.- und SAP.-Arbeiter, entscheidet euch für revolutionären Massenkampf, wählt Liste 3!

Breslau. Die sozialdemokratischen Führer können jetzt zur Mehrheit nicht genug den Arbeitern erzählen, was für Taten sie im Interesse der arbeitenden Bevölkerung in der nächsten Zukunft durchzuführen gedenken...

Diese Erklärung der sozialdemokratischen Führer ist eine bewusste Lüge. Ihre Taten gegen die Arbeiterklasse waren keine Fehler, sondern bewusste Handlungen. Sie als Versteher des Kapitalismus konnten gar nicht anders handeln...

In einer Zeit, wo wir in Deutschland durch die kapitalistische Wirtschaftskrise, das Versailles Diktat und die gewaltigen Gegenkräfte innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zum schwächsten Kettenglied in der kapitalistischen Welt geworden sind...

Die Praxis der Versteher am Kapitalismus

Wir wollen uns daher die Taten der SPD.-Führer im Breslauer Stadtparlament vor Augen führen, und jeder SPD.-Arbeiter wird daran erkennen, daß die Politik ihrer Führer nur zur Vermehrung des Profits der Kapitalisten und zur weiteren Verelendung der Proletariat bestimmt war.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 23. Mai stellten die Kommunisten im Stadtparlament zur Etatsberatung eine ganze Reihe dringender Arbeitsbeschaffungsforderungen...

Bau von 7500 Neubauwohnungen, ausreichenden Kinderheimen, Schulneubauten und Ausbau älterer Schulgebäude, der Bau von einem Krankenhaus, eines Entbindungsheimes...

Die Kommunisten hatten auch zu ihren Arbeitsbeschaffungsforderungen aufgezeigt, wie durch Streichung der Polizeikostzuschüsse, Kürzung der Gehälter und Pensionen der hohen Beamten...

Die kommunistischen Anträge auf Herabsetzung der Strompreise für Beleuchtungszwecke für die Werktätigen mit einem geringen Einkommen, die Herabsetzung der Gebühren für Marktweesen...

Die kommunistischen Anträge, wonach Notstandsarbeiten nicht an Privatunternehmer vergeben werden dürfen, die tariflichen Bedingungen bei Pflanzarbeiten (Lanzstunden, Fahrgelder, Wasser und anderen Zulagen) genau eingehalten werden müssen...

Daß die Sozialdemokratie sich in letzter Zeit nicht etwa „besserte“, sondern manche sozialdemokratischen Arbeiter glauben, sondern daß sie heute noch rückwärtslos den Papenturs unterliegen, zeigte die Abstimmung über die letzten Anträge der Kommunisten...

10 Prozent, über 100 000 Mark mit 20 Prozent versteuert werden sollen, verhinderte die Beratung der Sondersteuer für die Breslauer Millionäre, die Sondersteuer für Luxusautos und die schärfste steuerliche Belastung der Luxushotels und Luxusgaststätten...

Nach am 20. Oktober verhinderte die SPD. in Breslau die Beratung des kommunistischen Antrages, wonach die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 4. September und die hierzu von der Reichsregierung erlassene Ausführungsbestimmungen in Breslau nicht durchgeführt werden sollten...

verhinderten ferner den kommunistischen Antrag, den Gemeindefunktionären der Stadt Breslau auf Grund des gewaltigen Lohnausfalls und des bevorstehenden Winters zur Anschaffung von Wintervorräten und Kleidung eine einmalige Wirtschaftshilfe zu gewähren.

Diese Tatsachen der letzten Monate zeigen jedem sozialdemokratischen Arbeiter, daß die SPD. keine Arbeiterpartei, sondern die rückwärtslose Vertreterin der kapitalistischen Interessen ist. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen die Worte und Taten ihrer Führer vergleichen, damit sie erkennen, daß jede Stimme für die Liste 2 eine Stimme zur Erhaltung des Kapitalismus ist...

Moskau sendet

in alle Welt: 15 Jahre Union der sozialistischen Sowjet-Republiken bringt Befreiung vom Joch des Kapitalismus für das Proletariat der ganzen Welt — für alle unterdrückten Völker!

Die Arbeiterschaft in den kapitalistischen Ländern

feiert den 15. Jahrestag der Oktober-Revolution. Das rote Breslau kommt in Massen zur Revolutionsfeier am Mittwoch, dem 9. November, 20 Uhr

Die Arbeiter verlassen die Nazibetriebszelle Marzfall

Breslau. Die Nazizelle der NSD. Marzfall hatte vor einigen Tagen die ganze Belegschaft zu einer öffentlichen Belegschaftsversammlung eingeladen. Die Arbeiter des Marzfalls waren auch dieser Einladung sehr zahlreich gefolgt, nur konnte beobachtet werden, daß die eigenen Mitglieder der Nazizelle in dieser Versammlung nicht erschienen waren...

lassen. Die Arbeiter des Marzfalls folgten diesem Ruf, und ganze sechs Nazi blieben noch im Saal. Das hatten sich diese Hakenkreuzler nicht träumen lassen. Unter „Rot-Front!“-Rufen verließen die Proleten den Saal, und die Versammlung wurde geschlossen...

Diese Belegschaftsversammlung der Nazizelle im Marzfall lehrt uns aber etwas, was die kommunistische Partei schon seit langer Zeit feststellt, nämlich, daß sich die Proleten in der NSDAP. von der Politik ihrer Partei abwenden und deren Reihen verlassen...

Die Kollegen müssen aber nun einen weiteren Schritt tun. Ihr müßt euch in die Betriebszelle gegen den Faschismus einschleichen und euch hinter den bestehenden Kampfausschuss stellen. Organisiert den Kampf unter der Losung: Keinen Pfennig Lohnabbau — Kampf gegen Papen, Sittler und alle Feinde der Arbeiterklasse!

Die Breslauer Parteiarbeiter geschlossen hinter ZK. und 12. Offi-Plenum

Am Montag fand eine Parteiarbeiterkonferenz für Groß-Breslau statt, in der der Bezirksleiter Genosse Sandner den Bericht von der Reichsparteiarbeiterkonferenz gab, die sich mit den Beschlüssen des 12. Plenums befaßt hatte...

Die Parteiarbeiterkonferenz von Groß-Breslau stellte sich geschlossen hinter die Beschlüsse des 12. Plenums sowie die Beschlüsse der Reichsparteiarbeiterkonferenz. Unter anderem wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es unter anderem heißt:

„Die am 1. November 1932 tagende Parteiarbeiterkonferenz von Groß-Breslau billigt vollinhaltlich die Beschlüsse des 12. Plenums der Exekutive und der dritten Reichsparteiarbeiterkonferenz vom 15. bis 18. Oktober und gelobt, die Beschlüsse mit aller Kraft anzuwenden und in die Tat umzusetzen. Die Parteiarbeiter verurteilen auf das schärfste das parteischädigende Verhalten der Gruppe Reumann, sie begrüßen und unterstützen die Beschlüsse des 12. Plenums, des ZK. der NSD. und der dritten Reichsparteiarbeiterkonferenz gegen das Treiben der Gruppe Reumann, sie sprechen dem bolschewistischen ZK. unter der Führung des Genossen Ernst Thälmann ihr vollstes Vertrauen aus und werden alle Versuche eines Kampfes gegen das ZK. und den Genossen Thälmann mit aller Entschiedenheit kämpfen.“

Die Konferenz grüßt in enger Kampferbundenheit mit der NSD. das bolschewistische ZK. mit dem Führer des Weltproletariats an der Spitze, den Genossen Stalin. Der Kampf des ZK. der NSD. gegen alle Abweichungen und Schwankungen in der Durchführung der Generallinie im Kampfe um den siegreichen Vormarsch des sozialistischen Aufbaues bezieht alle Zweifler, Kleinbürger, alle linken und

rechten Opportunisten und sichert den gewaltigen Vormarsch des Sozialismus. Die Parteiarbeiterkonferenz billigt und verteidigt den Ausschluß von Einowjew, Kamenev und Genossen als Agenten des Klassenfeindes.“

Die Reichsparteiarbeiterkonferenz stellte fest, daß wir einige schwache Punkte besonders in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit haben. Diese schwachen Punkte haben wir in Breslau im besonderen zu berücksichtigen. Ueber die Ausmerzung dieser Schwächen in der Breslauer Parteioorganisation stellen sich die Parteiarbeiter in der einstimmig angenommenen Entschließung folgende Aufgaben:

„Die Parteiarbeiter verpflichten sich, diese Wendung zur Schaffung einer wirklichen Kampforganisation in Breslau und zur Beseitigung der sozialdemokratischen Organisationsüberreste mit aller Energie in Angriff zu nehmen. Die Parteiarbeiter sind sich bewußt, daß die Partei nur dann ihre Aufgaben im Zeichen des revolutionären Aufschwunges lösen und zum wirklichen Führer der Kampfkämpfe werden kann, wenn die gesamte Parteiarbeit getragen wird von der politischen Initiative der Betriebs- und Straßenzellen, von der Massenarbeit der Zellen, von der wirklichen politischen Initiative der Betriebs- und Straßenzellen sichert die Partei vor Überraschungen durch die Bourgeoisie — Verbot der Partei.“

Diese Parteiarbeiterkonferenz von Groß-Breslau war deshalb ein entscheidender Markstein für die Vorwärts- und Aufwärtsentwicklung der Breslauer Parteioorganisation. Es gilt nun mit ganzer Kraft diese Beschlüsse in die Tat umzusetzen.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokale: Oskar Pöhllich in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fendrich, Berlin. — Für Inserat: Albert Callmann, Breslau. — Verlag u. Druck: Schenische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Treibitzer Straße 50.

Was bringt der Sozialismus der werktätigen Jugend?

Öffentliche Jugendversammlung des KJVD. am Freitag, 4. November, im Zentralballsaal, Westendstraße 50-52. Freie Aussprache! Eintritt 10 Pfennig. SAJ. und Hitler-Jugend sind aufgefordert, in der Diskussion ihre Vertreter zu lassen. Wir sichern ihnen volle Redefreiheit von je einer halben Stunde zu.

Ein Strich durch die Rechnung der Kriegstreiber und Versailles Ränder

Der stammende Kampf des Genossen Thälmann in der Massenversammlung der Pariser Arbeiterschaft gegen Versailles und gegen die Kriegsvorbereitungen der deutschen und französischen Imperialisten hat bei den Kriegstreibern diesseits und jenseits der Grenze Entsetzen hervorgerufen. Wie? was? fragen sich die chauvinistischen Kriegsheker in Deutschland und Frankreich: Gerade jetzt, wo wir so schön daran sind, den französischen Arbeitern einzureden, daß der deutsche Arbeiter kein Feind ist; wo wir uns im Schwelge unseres Angehichts befinden, den deutschen Arbeiter zu überzeugen, daß er für die „nationalen Interessen“ der Profite der W.-Farbenindustrie und der Vereinigten Stahlwerke auf den französischen Proleten schießen muß, ausgerechnet in diesem Augenblick spricht der Führer der deutschen Kommunisten vor Tausenden von französischen Arbeitern, die ihm zuhören, wenn er von dem gemeinsamen Kampf gegen Versailles und Krieg spricht.

Tzwohl, ihr Herren, wir Kommunisten machen einen Strich durch eure Rechnung der chauvinistischen Kriegsheker und der Versailles Verschwörungspolitik. Wir zeigen den deutschen und französischen Arbeitern, wo in Wirklichkeit der gemeinsame Feind steht. Wir zeigen den deutschen Arbeitern den einzigen Weg, der zur Sprengung des Versailles Jochs führt, nämlich, indem er die Ausbeuterherrschaft im eigenen Lande beseitigt und sich auf das Bündnis mit den französischen Arbeitern stützt.

Die Presse der Kriegsheker und der Versailles Anhängerschaft in Deutschland, vom „Vorwärts“ bis zum „Angriff“, will das Auftreten des Genossen Thälmann vor den Arbeitern verschweigen. Aber dieses Schweigen beweist nur aufs neue, welche unheimliche Angst die Feinde des werktätigen Volkes vor dem Kampfbündnis des deutschen und französischen Proletariats unter den Fahnen des Kommunismus haben.

Die Antwort der Hitler- und Hugenbergpresse auf den kommunistischen Freiheitsruf gegen Versailles ist eine mit Hilfe einer plumpen nationalsozialistischen Fälschung organisierte Verbotshege gegen die kommunistische Partei. So dienen die Hitler und Hugenberg den Versailles Rändern, indem sie das Verbot der einzigen Partei fordern, die den Freiheitskampf des werktätigen deutschen Volkes gegen Versailles im Bündnis mit den französischen Arbeitern führt.

Die chauvinistische Presse der französischen Bourgeoisie heult auf vor Wut. Die „Action Française“, das Organ der französischen Faschisten, schreit hysterisch: „Das Auftreten des deutschen Kommunisten Thälmann in einer kommunistischen Versammlung in Paris beweist, daß zwischen den französischen Kommunisten und den deutschen Kevanheulanten Verbindungen bestehen. Wir fragen den Innenminister, wie er solche Dinge zulassen kann“. Es ergibt sich eine gewisse Parallele zwischen dem „Vorwärts“, dem Blatt der deutschen Sozialdemokratie, und der „Action Française“, dem Blatt der französischen Faschisten. Der „Vorwärts“ verleumdet die KPD, sie treibe „nationalistische Humbug“ und „besorge das Geschick der deutschen Nationalisten“, und die „Action Française“ behauptet ihrerseits die französischen Kommunisten, sie seien sogar „im Bunde mit den deutschen Nationalisten“. Man sieht: eine Parallele, die die Weltenverwandtschaft zwischen den Redakteuren des „Vorwärts“ und den Redakteuren der „Action Française“ grell beleuchtet. Wer denkt da nicht an ähnliche Verleumdungen der „Schwarzen Hundert“ in England, die Lenin verleumdete, er sehe im Solde Kaiser Wilhelms II. Die Geistesarmut der antikommunistischen Hege ist erschreckend. Sie haben in 15 Jahren nicht das geringste dazu gelernt.

Wären sie verleumdend, mögen sie hegen, mögen sie versuchen totzuschweigen: der Freiheitsruf der Kommunisten bringt in die Ausbeutungstätten der Lohnsklaven Deutschlands und Frankreichs und wird ein millionenfaches Echo erwecken. Die Kriegsheker müssen erleben, daß sie nicht mehr die Proletarier beider Länder aufeinanderhegen können, während sie hinter ihrem Rücken schon über die Bedingungen eines gemeinsamen Kreuzzuges der deutschen und französischen Bourgeoisie gegen die Sowjetunion lächeln. Die Kriegsheker müssen erleben, daß heute eine kommunistische Internationale besteht, die über alle Grenzen hinweg das Kampfbündnis der Proletarier Deutschlands und Frankreichs schmiedet. Während die deutsche und die französische Bourgeoisie über den Aufrüstungspakt Herrlots mit

Gegen die Annexion Danzigs!

Erklärung des ZK. der kommunistischen Partei Polens gegen den polnischen Imperialismus

Warschau, 1. November. Die faschistische Pilsudski-Regierung hat einen neuen provokatorischen Schritt zur Annexion Danzigs unternommen. Sie hat die Verfügung getroffen, daß die Eisenbahnen im Danziger Gebiet die polnische Währung einführen, daß das gesamte Danziger Eisenbahnpersonal sowie auch die Zollbeamten die polnische Sprache als Dienstsprache einführen müssen.

Nach dem vor kurzem durchgeführten Wirtschaftsbott gegen Danzig, nach den wiederholten Maßnahmen zur militärischen Beherrschung des Danziger Hafens beleuchtet dieser Schritt offen und zynisch die von der kommunistischen Partei Polens gebrandmarkten räuberischen imperialistischen Pläne der polnischen Bourgeoisie gegenüber Danzig.

Diese neue Gewalttat gegen die unterjochte deutsche Bevölkerung Danzigs ist gleichzeitig eine weitere Maßnahme des pol-

nischen Imperialismus zur Vorbereitung des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion.

Die kommunistische Partei Polens brandmarkt auch die Helferdienste, die die faschistische PPS. (Sozialdemokratie) dem polnischen Imperialismus bei dieser Aktion Polens gegenüber Danzig leistet, indem sie offen ihre Zustimmung zu dieser Unterjochungspolitik erklärt hat.

Das ZK. der kommunistischen Partei Polens ruft alle Werktätigen Polens, West-Wehrhulands, der West- und Ukraine auf zum entschiedenen Kampf gegen diese neuen imperialistischen Provokationen des polnischen Faschismus, zum weiteren Kampf gegen den Versailles Raubvertrag, gegen die polnische Okkupation von Danzig.

Zentralkomitee der kommunistischen Partei Polens

Streitbanner über Lancashire

Etwa 200 000 Arbeiter im Streik — „Kein Vertrauen zu den Gewerkschaftsführern!“

London, 1. November. Der Streik der Spinner von Lancashire ist vollständig. Es stehen über 150 000 Spinner und außerdem etwa 50 000 Arbeiter der Krempelweben im Streik. Die Kampfstimmung unter den streikenden Textilarbeitern ist ausgezeichnet. Schon am ersten Tage des Streiks wurden überall Massenstreikposten organisiert. In Bolton fand eine große, von der Arbeiterbewegung organisierte Solidaritätskonferenz von Delegierten aus den Spinnerbetrieben statt, in welcher die Delegierten aus 15 Städten über die glänzende Kampfstimmung der Belegschaft unterrichteten.

Die Konferenz von Bolton richtet ein Manifest an die Spinner von Lancashire, in dem es u. a. heißt: „Wir können keinerlei Vertrauen zu unseren sogenannten Führern haben, die einer Herabsetzung unserer Lebenslage zugestimmt haben. Wir dürfen ihnen auch nicht glauben, wenn sie uns jetzt erzählen, daß sie den Streik führen wollen. Wir haben unsere Lektion abbekommen und dürfen

diese Lektion, die den Webern erteilt wurde, nicht vergessen. Wir selbst müssen durch unsere Aktion diesen Streik gewinnen. Wir selbst müssen unter unseren selbstgewählten Führungen in jeder Fabrik kämpfen. . . . Durch Massenstreikposten und unabhängige Streikleitungen können wir den Streik zum Siege führen.“

Der „Vorwärts“ bezeichnet heute den Streik als eine „Tragödie“. Eine Tragödie ist für die SPD-Führer immer, wenn Arbeiter kämpfen.

Hungermarsch-Führer verhaftet

London, 1. November. Der Stk der Hungermarschleitung wurde heute von einem großen Ausgebot Kriminalpolizei durchsucht und einer der Führer des Hungermarsches, Genosse Hammington, wurde verhaftet. Unter den Arbeitslosen herrscht über diese Unterdrückungsmaßnahmen heftige Empörung.

Arbeitslosendemonstration in Chicago

„Wählt Kommunisten!“

Chicago, 1. November. Trotz polizeilichen Verbots veranstalteten am Montag etwa 15 000 Arbeitslose eine Demonstration durch die Straßen des Stadtzentrums. Auch zahlreiche Frauen nahmen an der Demonstration teil. Die Demonstranten trugen Transparente, wo neben der Forderung nach Arbeit und Brot auch die Forderung stand: „Wählt Kommunisten!“

Der Landesrat der Arbeitslosen kündigt einen Hungermarsch der Arbeitslosen nach Washington an. Dieser Hungermarsch soll im Dezember stattfinden.

Unterstützung der deutschen und französischen Sozialdemokratie schachern, während die Nazis die Versailles Anhängerschaft anerkennen, führt die kommunistische Partei den einzigen wirklichen Kampf gegen die nationale und soziale Verfallung des deutschen Volkes, indem sie durch die Schließung des Kampfbündnisses mit den französischen Arbeitern die Voraussetzungen schafft zur Zerreißung des Versailles Vertrags.

Unter dem Freiheitsbanner des Kommunismus, unter dem Banner des proletarischen Internationalismus werden auch die Werktätigen Deutschlands sich vom Doppelsch der Ausbeutung durch das deutsche und internationale Finanzkapital befreien.

Nazis als Kataien Mussolinis

Zürich, 1. November. An der faschistischen Parade in Bozen nahm u. a. auch eine 30 Mann starke Abteilung von Nationalsozialisten in Uniform aus dem Deutschen Reich teil. Bemerkenswerterweise haben die Deutschen Südtirols, die durch das faschistische Regime auf das grausamste geknechtet und unterdrückt sind, es ausdrücklich abgelehnt, an diesen Feiern teilzunehmen. Die Hitlerpartei aber huldigt den Unterdrückern der südtiroler Deutschen und kriecht vor Mussolini auf den Bauch.

Faschistische Regierungsaktion gegen Bulgarische Arbeiterpartei

Sofia, 1. November. Seit dem gewaltigen Wahlsieg der Arbeiterpartei in Sofia trifft die bulgarische Regierung stieberhafte Vorbereitungen zum Verbot der revolutionären Klassenpartei des bulgarischen Proletariats. Nach den letzten kommunistischen Demonstrationen anlässlich der Thronrede des bulgarischen Königs hat nunmehr ein Ministerrat stattgefunden, der sich mit dem Verbot der Bulgarischen Arbeiterpartei beschäftigte. Nach dem Vorbild der deutschen Faschisten werden gefälschte Dokumente dazu verwendet, um der bulgarischen Arbeiterpartei und ihren Sobranjer abgeordneten eine „Verschwöreritätigkeit“ nachzuweisen.

A. Schapowalow:

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

Copyright 1932 by Mopr.-Verlag, Berlin (Internationale Memoren, Band 4).

28. Fortsetzung

Im Herbst 1902 schickte das Komitee in Twerj Iwan Smirnow zur Arbeit. Der versuchte zuerst, in der Textilfabrik Kjabuschinits als Weber unterzukommen. Da es aber nicht ging, arbeitete er, trotzdem er Intellektueller war, als gewöhnlicher Arbeiter in der Lederfabrik Proffurjakows. Er organisierte einen Zirkel aus zehn bis zwölf Arbeitern der Fabrik Kjabuschinits. Im Februar 1903 wurde er, nachdem ihn der Meister Stadlow der Polizei angab, verhaftet und blieb im Gefängnis von Wjatschni-Wolotschok bis zum Herbst 1904.

Iwan Golubjow, der im Zirkel des Genossen Druschinin arbeitete, wurde ebenfalls nach dem Streik, der drei Wochen dauerte, in der Textilfabrik, im Mai 1903, verhaftet.

Genosse Druschinin quartierte mich in seiner Wohnung ein. Sein Vater war ein Kurier, der täglich die Passagiere vom Bahnhof in die Stadt brachte. Er besaß außer seinen Pferden ein ziemlich großes einstöckiges Holzhaus, das aus einigen Zimmern bestand.

Ich schloß zusammen mit Druschinin auf dem Fußboden. Druschinin war ein gelungener, keinen Pruber, einen Schlosser, der bei der Eisenbahn arbeitete, für unsere Sache zu gewinnen.

Machte schon Twerj den Eindruck einer Provinzstadt, so war Wjatschni-Wolotschok ein ganz ödes Nest. Die Weilen des am U. Parteitagreg in Unruhe geratenen Meeres hatten nicht nur Wjatschni-Wolotschok nicht erreicht, hier war nicht einmal der Kampf mit dem Oekonomismus beendet. Die Organisation in Wjatschni-Wolotschok, eben so wie die in Twerj nannte sich offiziell „Iskra-Organisation“, in Wirklichkeit aber wurde die Arbeit nach einer Broschüre von Njestrailow geführt (das war der linke liberale

Kubatin). Diese Broschüre hieß: „Gegen uns ist nichts zu machen.“ Talentvoll geschrieben, fand sie durch die interessante und leichte Schreibart großen Beifall unter den Arbeitern. Sie schilderte die Wut und die Hilflosigkeit des Fabrikbesizers Schiwodjermilow, des Gendarmerieoffiziers Smejewidow und der Gendarmerieunteroffiziere Kossosujew und Lampašow im Kampfe mit den Arbeitern, die trotz allen Schikanen vor den Augen der Gendarmen ihre Flugblätter verbreiteten und zum Streik aufforderten. Aber diese Broschüre beugte sich mit dem wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter und verschwieg die politischen Aufgaben der Arbeiterklasse, wie die Niederbringung der Selbstherrlichkeit, erwähnte auch mit keinem Wort die Theorie der Arbeiterklasse, den revolutionären Marxismus, unter dessen Flagge der Klassenkampf der Arbeiter zu führen sei, erwähnte mit keiner Silbe die Endziele der Arbeiterklasse, — die sozialistische Weltordnung. Druschinin und die beiden Wjatschnizler lasen diese Broschüre den Arbeitern vor; zu diesem Zweck suchten sie die verstecktesten Stellen im Wald auf und lasen mit einer Laterne in der Hand.

Es mußte also ein Kampf geführt werden sowohl gegen Kubatins Broschüre, wie auch gegen die Laterne, die den Gendarmen ermöglichte, die Arbeiterzirkel oder die größeren Arbeiterversammlungen im Wald zu entdecken.

Da Druschinin für diese Broschüre sehr eintrat und fand, daß es unmöglich sei, sie sofort fallen zu lassen kamen wir überein, daß wir sie nur für die Anfangszirkel gebrauchen würden und dann zur Aufklärung über die Mehrwerttheorie von Marx, über die materialistische Geschichtsauffassung und über die revolutionäre Aufgabe der Arbeiterklasse, die der damaligen Zeit entsprach; der Niederwerfung der Selbstherrlichkeit, schreiten werden. Ich bestand darauf, daß jenen Arbeitern, die sich in der revolutionären Arbeit besonders hervortaten, die Möglichkeit gegeben werde, „Was tun?“ von Lenin zu lesen und die Iskranummern, die nur wenigen Arbeitern in die Hände kam.

Die Arbeit ging unter sehr schwierigen Verhältnissen vor sich. Wir hatten kein Geld für Flugblätter, fast gar keine Räume standen uns für unsere Versammlungen zur Verfügung. Wir mußten die Vorbereitungsarbeit der Organisation durch individuelle Propaganda beginnen. In diesem kleinen Städtchen war es außergewöhnlich schwer, sich irgendwo unbemerkt von der Chrana zusammenzufinden. Nach dem dreiwöchigen Streik im Mai 1903, geführt von den sozialdemokratischen Arbeitern A. Medjem, N. Golubjow, Paskin, Sjadlow, B. Simirnow, B. Antonow und

S. Mjzinow, wurden Mjelnizki und seine Schwester Olga unterbrochen von der Chrana beobachtet, ebenso wie auch Druschinin und ein Teil der in Wjatschni-Wolotschok zurückgebliebenen, nicht verhafteten und nicht verbannten sozialdemokratischen Arbeiter. Jedes Flugblatt, das aus Twerj geschickt wurde, schrieb man ihnen zu. Da die meisten der obenerwähnten Genossen, aber ihre Eltern, wie es bei Druschinin der Fall war, keine Häuschen besaßen, war es für sie sehr schwer, sich vor der Polizei zu verstecken.

Ein kleiner, budliger Weber, der ebenfalls Besitzer eines kleinen Holzhäuschens war und der als Sozialdemokrat nirgends mehr Arbeit fand, erzählte mir, daß jedesmal, nachdem der Polizeichef von einer Arbeiterversammlung in seinem Haus erfuhr, er ihn zu sich rief und in anbrüllte:

„Du budliger Teufel du, es war schon wieder eine Versammlung bei dir, du hast schon wieder gepredigt! Warte nur, meine Geduld plagt sehr bald, und dann werde ich dich, du budliger Teufel, verbannen. Ich schicke dich dorthin, wo sich die Wölfe Gute Nacht sagen! Dann wirst du schon daran denken, was es heißt, zu predigen! . . .“

„Es waren aber gar keine Versammlungen bei mir, Herr Polizeichef, und ich predige auch nicht. Es haben sich Bekannte bei mir versammelt, Harmonika gespielt und mit jungen Weibern getanzt.“

„Ich kenne schon deine Tanzabende! Woju brauchst du sie? . . . Ihr lest wohl Marx! Versteht ihr denn, ihr blöden Hunde, Marx? . . . Gib acht, sonst kommst du dorthin, wo sich die Wölfe Gute Nacht sagen!“

Dies Gespräch bewies, daß der Polizeichef und die Chrana sehr fleißig die Interessen der Kjabuschinits und Prochow vertraten.

Die Versammlungen konnten also sehr selten organisiert werden und nur zu dem Zweck, um die Arbeiter in Wjatschni-Wolotschok zu irgendeiner Aktion vorzubereiten. In Twerj, wo der Magistrat liberal war wurde die Arbeit durch Hilfe der Magistratsangestellten, was Versammlungsräume und Geld für Flugblätter betraf, sehr erleichtert. In Wjatschni-Wolotschok aber, wo der Magistrat konservativ war, war die Arbeit in jeder Beziehung außerordentlich schwierig.

Da die Arbeiter hauptsächlich in den Dörfern wohnten, wohin sie jeden Sonnabend fuhren, sprach alles dafür, daß der Schwerpunkt der Arbeit dorthin übertragen werden müsse.

(Fortsetzung folgt)